

CA1
EA930
F51
Jan. 1981
DOCS

LIBRARY E A / BIBLIOTHÈQUE A E
3 5036 01029841 5

ISSN 0172-1666

LIBRARY DEPT. OF EXTERNAL AFFAIRS
MINISTÈRE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

FOCUS

canada



-  Mittler zwischen Nord und Süd
-  Kanada setzt auf Wasser, Kohle, Gas
-  Minister Lalonde zum Energieprogramm
-  TELIDON auf dem Prüfstand
-  Kanadistik – Fach mit Zukunft
-  Die Schätze der Arktis

Nummer 16, Bonn, Januar 1981

| Inhalt | Seite |
|------------------------------------|-------|
| Jules Léger † | 3 |
| Neues Bankengesetz | 4 |
| Kanada in der Nord-Süd-Debatte | 5 |
| Energieprogramm für das Jahr 2000 | 6 |
| Kanadistik im Aufwind | 8 |
| Interview: Energieminister Lalonde | 10 |
| Fern – Kommunikation mit TELIDON | 12 |
| Süd-Nord-Fragen: Kanadas Arktis | 14 |

Schnelle Bahn

 Ein schneller, energiesparender Leichtmetallzug, den die Montréaler Bombardier-Werke in Zusammenarbeit mit Alcan Canada Products, Toronto und Dofasco Inc, Hamilton gebaut haben, wird derzeit in den USA auf den Strecken New York-Boston und New Haven-Boston erprobt. Die US-Eisenbahngesellschaft Amtrak hat die Schnellzüge zum Preis von 10 Mio. Dollar für 15 Jahre geliehen, darf aber innerhalb der ersten zwei Erprobungsjahre von dem Vertrag zurücktreten, falls ihr die aus zwei Wagen und einer Lok bestehenden Züge nicht zusagen. Via Rail Canada hat bereits 50 Wagen und 21 Lokomotiven dieser Leichtbau-Bahnen für insgesamt 70 Mio. Dollar geordert und will sie im nächsten Jahr erproben.

Künstler – Solidarität

 Großen Zulauf fand die Gründungsversammlung, in der sich in Calgary Schriftsteller aus Alberta zu einem gewerkschaftsähnlichen Verband zusammengefunden haben. „Wir wollen bei den Schriftstellern einen Sinn für die Gemeinschaft entwickeln,

eine Solidarität, und zudem wollen wir uns als Schriftsteller der Provinz Alberta deutlicher profilieren“, umriß der neugewählte Präsident des Verbandes **Rudy Wiebe** die Zielsetzung der Schriftstellerorganisation. Man wolle zudem auch versuchen, auf Regierung und Privatindustrie einzuwirken, die schreibende Zunft zu ermutigen und finanziell zu unterstützen. Zu der Gründungsversammlung hatten sich 160 Schriftsteller eingefunden.

Sicherheitsprüfung

 „Nach 22 Jahren ist das Verteidigungsbündnis zwischen Kanada und den USA (NORAD) immer noch das bestmögliche“. Diese Meinung vertrat jetzt General Ramsey Withers vor einem Unterausschuß, der das Abkommen einer Prüfung unterzieht, weil es im nächsten Jahr erneuert werden soll. Withers kündigte an, daß die beiden Vertragspartner sich um eine Verbesserung des Warnsystems bemühen wollten, da das Bodenradar-System, das Nordkanada und Alaska abdecken soll, veraltet ist und den nordöstlichen Teil der arktischen Inselwelt Kanadas nicht miteinbezieht. Die

Gefahr, von der UdSSR mit bemannten Bombern angegriffen zu werden, habe sich allerdings in den letzten Jahren verringert, räumte Withers ein, und gegen einen Raketenangriff gebe es als einzige Abschreckung ohnehin nur die beiderseitige Furcht vor einem Atomkrieg. – Die Kanadier müssen für NORAD jährlich rund 165 Mio. Dollar ausgeben.

Indianische Silberschätze

 „Die Friedens-Kette: Kult- und Handelssilber der Indianer aus dem 18. und 19. Jahrhundert“ ist der Arbeitstitel einer vom National Museum of Man ausgerichteten Ausstellung, die nach ihrer Eröffnung im November in Ottawa durch Kanada und die USA reisen wird. Gezeigt werden hier exquisiter Silberschmuck und silberne Gebrauchsgegenstände, die die Indianer als Tauschware von den frühen europäischen Pelzhändlern in Kanada gefordert und auch erhalten hatten. Die besten Silberschmiedten Europas hatten sie angefertigt.

Horror-Meister

 Bei den 14. Internationalen Hofer Filmtagen, die ganz im Zeichen (und im Bann) des intellektuell aufbereiteten Horrorfilms standen, war der kanadische Meister dieses Genres **David Cronenberg** Mittelpunkt einer umfassenden Retrospektive. Bei Cronenberg, einem studierten Biochemiker, richten sich die Ängste der Menschen nicht nach innen gegen sie selbst (etwa in Gestalt von Migräne und Neurose), sie erscheinen buchstäblich als bizarre Auswüchse, die die Umwelt bedrohen. – Gezeigt wurden u. a. „The Brood“, „Rabid“ und „The Parasit Murders“. Cronenberg gilt, so die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, als „einer der intellektuellsten Vertreter seines Fachs“.



Hilfsgüter auf dem Weg in das italienische Erdbebengebiet. Wie andere NATO-Verbände, so trugen auch kanadische Einheiten zur unmittelbaren Linderung der großen Not im italienischen Süden bei. Diese kanadische Herkules-Maschine brachte Notrationen, Decken, Pullover und Jacken, sowie gebrauchte Kleidungsstücke, die von der Heilsarmee in Lahr gesammelt wurden, nach Bari.

Herausgeber:
Botschaft von Kanada
Friedrich-Wilhelm-Straße 18
5300 Bonn 1
Telefon 02 28 / 23 10 61. FS 886 421
Redaktion:
J. J. Moskau (verant.), Grit Porsch
Rheinweg 12
5300 Bonn 1
Telefon 02 28 / 23 25 14. FS 8 86 660
Druck:
NVV Druck&Service
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Layout: Horst Brandenburg
Nichtredaktionelle Anfragen zu Kanada beantwortet die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der Botschaft:
Serge Marcoux, Josef Jurkovič
Astrid Holzamer, Walter Larink,
Marga Schmidt; Joanne Gibson,
Gretchen Kraft.
Hier wiedergegebene Meinungen sind nicht notwendigerweise identisch mit denen der kanadischen Botschaft. Artikel aus „focus canada“, sofern nicht ausdrücklich durch Copyright geschützt, können kostenfrei nachgedruckt werden.
Bitte teilen Sie uns Adressenänderungen mit.



Jules Léger †

„Kanada hat einen seiner bemerkenswertesten Söhne und Staatsdiener verloren ... Er hatte ganz Kanada gedient und dabei doch nie seine (franko-kanadischen) Wurzeln vergessen.“ Mit diesen Worten ehrte Premierminister Pierre Trudeau das Andenken des früheren kanadischen Generalgouverneurs Jules Léger, der am 22. November im Alter von 67 Jahren in Ottawa gestorben ist. Als Stellvertreter der Krone, so versteht sich der Generalgouverneur, war Jules Léger von 1974 bis 1979 im Amt. Ungeachtet einer schweren Krankheit hat Léger während seiner Amtsführung einige Innovationen von politischem Inhalt durchgesetzt. So trat Königin Elizabeth II. während seiner Amtszeit das Recht der Krone, Akkreditierungsschreiben kanadischer Botschafter zu unterzeichnen, ab. Léger – der Bruder des früheren Montréal-erzbischofs Paul Emile Cardinal Léger – war der vierte gebürtige Kanadier, der das Amt bekleidete. Er sah sich als Glied in einer Kette kanadischer Gouverneure, die auf das französische Kolonialreich unter Ludwig XIV. zurückgeht.

Seine betont zurückhaltende Selbstdarstellung und schlichte Amtsführung trugen wesentlich zu einem neuen Verständnis der Institution des Staatsoberhauptes innerhalb der kanadischen Gesellschaft bei. Indem tradierte Schranken beseitigt wurden und der Zugang zum General-Gouverneur als erstem Bürger des Landes mit einem Minimum an Protokoll ermöglicht wurde, konnten Léger und seine Frau Gaby, die ihn seines Leidens wegen häufig auch offiziell vertrat, ein hohes Maß an Volksnähe erreichen. Seiner früheren diplomatischen Laufbahn waren berufliche Erfahrungen als Journalist und Hochschullehrer vorausgegangen. Tapferkeit, Pflichtgefühl und Hochherzigkeit bestimmten, so unterstreichen es die Trauerbotschaften der drei Parteivorsitzenden Trudeau, Clark und Broadbent, die Amtsführung Jules Légers. – „An seinen langen und getreuen Dienst, den er Kanada geleistet hat, wird man sich stets erinnern“, versicherte Königin Elizabeth.



Bundeskanzler Helmut Schmidt will, einer Einladung von Premierminister Pierre Trudeau folgend, Kanada noch vor der kommenden Sommerpause einen offiziellen Besuch abstatten.

Kanzler und Premier vereinbarten den Besuch während eines privaten Meinungsaustausches im Bonner Kanzler-Bungalow am 22. November, bei dem Fragen der Vorbereitung auf den Weltwirtschaftsgipfel in Ottawa im Juli 1981 sowie die Reihe wichtiger Konferenzen zur Nord-Süd-Problematik im Vordergrund standen. In unmittelbarer Vorbereitung befindet sich eine weitere Besuchsreise, die den Premierminister im Januar unter anderem in die österreichische Bundeshauptstadt Wien führen soll.

Liberales neues Bankengesetz

Freie Fahrt für Auslandsbanken



„Mich überkommt, geh' ich in eine Bank, das Zittern“, beginnt eine Kurzgeschichte des kanadischen Satirikers Stephen Leacock. Was ihm dort widerfährt – sein Gehalt ist auf fünfzig Dollar im Monat erhöht worden, er sucht daher die Sicherheit der Tresore – erweckt Erinnerungen an jene angstvollen Sekunden, bevor der Zahnarzt den Bohrer ansetzt.

Leacock entkommt gerade noch rechtzeitig. Kaum hat er seine Barschaft von 56 Dollar deponiert, hebt er sie, die Tortur beendend, auch schon wieder ab. Mit strafendem Blick begehrt der Kassierer zu wissen, wie er es denn gerne hätte. „Oh“, stottert Leacock, „in Fünfigern“. „Und die sechs?“ „In Sechsern.“

Lang, lang ist's her.

Dem Flechtwerk der heutigen Finanzwelt und den Erfordernissen wachsenden Wettbewerbs in Kanada Rechnung zu tragen, haben Unterhaus und Senat in Ottawa in diesen Tagen ein neues Bankengesetz verabschiedet, das ausländischen Banken, mehr als bisher, Freizügigkeit innerhalb großzügiger Grenzen gewährleistet.

Gesetz C-14, das am 1. Dezember in Kraft trat, bietet ausländischen Banken die Möglichkeit, eigene Zweigniederlassungen innerhalb Kanadas einzurichten und in einen offenen Wettbewerb mit den bereits vorhandenen elf großen einheimischen Kreditinstituten zu treten. Allerdings dürfen die akkumulierten Aktiva dieser Tochterunternehmen acht Prozent der Aktiva einheimischer Banken nicht übersteigen. Waren bislang schon 39 ausländische Banken in Kanada indirekt

aktiv und vierzig weitere durch Vertretungen präsent, so bietet sich ihnen jetzt erstmals die Möglichkeit, offen auf Kundenfang zu gehen, Einlagen zu verwalten und selbst Kredite zu vergeben.

Sollten ausländische Kreditinstitute tatsächlich einen globalen Geschäftsanteil von bis zu acht Prozent für sich beanspruchen, wäre ihre Marktrolle ungleich größer als vergleichsweise das Volumen ausländischer Bankenbetätigung in der Bundesrepublik Deutschland. Wie die Frankfurter Niederlassung der New Yorker Citibank im vergangenen Sommer berichtete, belief sich der Marktanteil ausländischer Banken zwischen Ostsee und Alpen 1979 auf ganze 2,85 Prozent. Betrachtet man die Aktiva und Passiva, so hielten diese „Ausländer“ bei Krediten an Nichtbanken gar nur 1,5 Prozent und waren bei den Einlagen von Nichtbanken lediglich mit 0,9 Prozent am Marktgeschehen beteiligt.

Zwischenzeitlich übersteigt das Geschäftsvolumen aller deutscher Banken im Ausland 1979 mit 62,5 Mrd. DM auch das bei 62,1 Mrd. DM liegende Volumen ausländischer Banken in der Bundesrepublik.

Daß eine stärkere Beteiligung ausländischer Finanzinstitute in Kanada wünschenswert ist, machen allein die großen Erschließungs- und Entwicklungsaufgaben in Kanada deutlich. Kanadas größte Bank, die Royal Bank of Canada, geht für die achtziger Jahre allein auf dem Energiebereich von notwendigen Investitionen in Höhe von 200 Mrd. Dollar aus. Bis Ende des Jahrhunderts rechnet die Bank sogar mit einem Volumen von 1 200 Mrd.

„Bezieht man“, so der Chief General Manager der Royal, R.A. Utting, auf der II. Internationalen Banken-Konferenz im März 1980 in Nassau, Bahamas, „den Bergbau, die Forstwirtschaft und den Verkehrssektor mit ein, so erreichen unsere Investitionsanforderungen astronomische Ausmaße. Es wird keinen Mangel an Betätigungsmöglichkeiten geben.“

Bei der drittgrößten kanadischen Bank, der Bank of Montreal, sieht man die Dinge ähnlich. In Bremen, anlässlich der ersten von zahlreichen „Kanada-Wochen“ der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt (ADCA), erklärte Präsident William D. Mulholland: „Wenn alles wie erwartet verläuft, wird Kanada bis 1990 eines der wenigen industrialisierten Länder der Welt sein, die Energie in ausreichendem Maße für sich selbst produzieren und dann noch etwas übrig haben. Wir brauchen dann kein OPEC-Öl mehr, für das wir OPEC-Preise zahlen und uns gleichzeitig Gedanken machen müßten, ob die Lieferungen abgeschnitten werden.“

Dieser Umstand allein, so Mulholland, „läßt Kanadas Zukunft außerordentlich günstig erscheinen. Günstiger jedenfalls als die Zukunft der meisten anderen Länder der Welt“.

Die beiden erwähnten kanadischen Großbanken übrigen haben dem jetzt vielleicht anstehenden Zug europäischer Banken nach Kanada bereits in umgekehrter Richtung Rechnung getragen. Die Royal Bank of Canada hat im Laufe der letzten Jahre mit dem Erwerb dreier

Fortsetzung Seite 13



Kein anderes Thema wird die Weltöffentlichkeit im kommenden Jahr so sehr beschäftigen – beschäftigen müssen –, wie die Auflösung des Widerspruchs materiellen Überflusses hier und der Tatsache – in den Worten eines kanadischen Unterhaus-Sonderausschusses –, „daß schätzungsweise die Hälfte aller Kinder unter sieben Jahren im östlichen und südlichen Afrika und die Hälfte aller dort lebenden Frauen im Alter zwischen 15 und 40 der unmittelbaren Bedrohung durch Hunger ausgesetzt sind“.

Die vom früheren deutschen Bundeskanzler Willy Brandt geleitete Nord-Süd-Kommission nennt die Tatsache, daß rund 800 Millionen Menschen der Dritten Welt in „absoluter Armut“ leben und daß in manchen Ländern nicht weniger als vierzig Prozent der Vorschulkinder klinische Symptome der Unterernährung zeigen, einen „unerträglichen Zustand“.

Weiter heißt es: „Der Gedanke einer Gemeinschaft der Nationen hat wenig Sinn, wenn man zuläßt, daß dieser Zustand andauert, wenn der Hunger als Randproblem betrachtet wird, mit welchem die Menschheit leben kann.“

Gegen diesen Hintergrund gesehen, ist der Kommentar des kanadischen Sonderausschusses, der jährliche weltweite Rüstungsaufwendungen von 450 Mrd. Dollar mit kümmerlichen Entwicklungshilfeleistungen, die nicht einmal fünf Prozent dieser Summe erreichen, vergleicht, vorsichtig – er nennt diese Diskrepanz: „verwirrend“.

Außenminister Mark MacGuigan sieht in dieser „absurden Situation“ potentielle Gefahren für die internationale Stabilität, die an Explosivpotential noch jene übersteigen, die sich aus der Unterdrückung von politischen und Bürgerrechten ergeben. Die enge Verzahnung der Probleme weltweiten Hungers und sonstiger Entbehrung und der Tatsache, daß einige der ärmsten Länder der Welt glauben, bis zu 25 Prozent ihres Bruttosozialprodukts für Rüstungsgüter aufwenden zu müssen, ist für die kanadische Bundesregierung selbst eine große, wenn nicht die größte Herausforderung unserer Tage.

Unter diesem Gesichtspunkt sind die Ernennung des früheren kanadischen Botschafters in Peking, Arthur Menzies, als Sonderbotschafter für Abrüstungsfragen und die Mitgliedschaft des langjährigen Botschafters in Moskau, Robert Ford, in der vom früheren schwedischen Ministerprä-

Kanadas Mittlerrolle zwischen Nord und Süd

Wie sichern wir das Überleben?

sidenten Olof Palme geleiteten Abrüstungs- und Sicherheitskommission zu sehen.

Die kanadische Bundesregierung ist sich gleichwohl langjähriger Versäumnisse – auch im Lande selbst und besonders in der Mobilisierung der öffentlichen Meinung, der Sensibilisierung für diese erschreckende Problematik – bewußt. – Dies wurde von Außenminister MacGuigan vor der 11. Sonder-Vollversammlung der Vereinten Nationen Ende August offen eingeräumt. Der Minister, dem die dringende Neuordnung des Nord-Süd-Verhältnisses wie für Premierminister Pierre Trudeau ein zentrales Anliegen ist, will indes keine Resignation gelten lassen:

„Ich bin sicher, daß wir, öffentliches Bewußtsein vorausgesetzt, der Herausforderung begegnen werden. Ich bin überzeugt daß diese Kampagne der Bewußtseinsbildung, ausgehend von einer anfänglichen Sensibilisierung und Mobilisierung der öffentlichen Meinung in meinem Lande, zur Unterstützung einer Politik führen wird, die Kanada eine volle Beteiligung an der Lösung dieser Probleme ermöglichen wird. Wenn andere auf der nördlichen Halbkugel diese gleiche Aufgabe anpacken, könnten wir den Lauf der Geschichte lenken.“

Ende September, in einer Rede vor Parlamentariern aus aller Welt in New York, griff MacGuigan das Thema Abrüstung und Entwicklungspolitik noch einmal auf und verwies auf Kanadas Unterstützung für die Schaffung eines Rüstungsgütertransfer-Registers bei den Vereinten Nationen. Unter Hinweis auf die Tatsache, daß rund zwei Drittel des weltweiten Handels mit konventionellen Waffen allein mit den Staaten der Dritten Welt abgewickelt werden, bezeichnete MacGuigan ein derartiges Register als „brauchbares Instrument der Vertrauensbildung...“, das zu einer Verminderung der Rüstungslasten für die Entwicklungsländer beitragen könnte und so Res-

ourcen für Entwicklungsaufgaben freisetzen würde“.

Er fuhr fort: „Unglücklicherweise hat dieser Vorschlag keine Fortschritte gemacht, hauptsächlich wegen des Widerstandes der meisten waffenimportierenden Entwicklungsländer, des Ostblocks und selbst einiger westlicher waffenexportierender Länder.“

Für viele gehe dies, nach seiner Meinung, mit der Gefahr der „Entmutigung, der Hoffnungslosigkeit und des Zynismus einher. Im Endeffekt könnte sich dies als größter Hemmschuh bei den Versuchen, die Barrieren auf dem Wege wirkungsvoller Handlungen einzureißen, erweisen“. Gegen diesen Hintergrund ist die vehemente Befürwortung Kanadas des von der Brandt-Kommission angeregten Nord-Süd-Gipfels im kommenden Jahr zu sehen.

Bei diesen Bemühungen kommt Kanada eine besondere Rolle zu: es ist unter den wirtschaftsstärksten Ländern der Erde zugleich auch Entwicklungsland, dort nämlich, wo zukunftsfrüchtige Rohstoffe der Erschließung und Nutzbarmachung harren.

Mehr noch, Kanada hat sich durch seine eindeutig anti-kolonialistische Außenpolitik, seine Mitgliedschaft im Commonwealth und der Gemeinschaft französischsprachiger Länder sowie durch die Mitarbeit im Colombo-Plan eine anerkannte Rolle als Mittler zwischen Nord und Süd erarbeitet.

Große Verdienste kommen hier dem verstorbenen Premierminister und Nobelpreisträger Lester B. Pearson zu, der Ende der sechziger Jahre, ähnlich wie jetzt Willy Brandt, auf die drohenden Gefahren des Nord-Süd-Dilemmas hinweis.

Pearsons damalige Bemerkungen: „... Die internationale Unterstützung für Entwicklungshilfe läßt nach. In einigen der reichen Ländern wer-

Fortsetzung Seite 9

Zielstrebiges Energie-Programm

Ein Plädoyer für Kohle, Gas und Strom



Rund ein Achtel des gesamten Welthandels, der 1978 ein Volumen von 1280 Mrd. Dollar erreichte, betraf einen einzigen Rohstoff: Erdöl.

Die achtziger Jahre bringen – dies ist gewiß – neben Ungewißheiten der reinen Verfügbarkeit bei steigendem Bedarf, besonders der Entwicklungsländer, einen Lieferengpaß.

Gegen diesen Hintergrund erklärten die sieben wichtigsten westlichen Industrieländer auf der Gipfelkonferenz in Venedig im Juni 1980: „Wenn wir das Energieproblem nicht anpakken, können wir die anderen Probleme nicht lösen.“

Entsprechend einigten sich die sieben Regierungschefs auf die knappe Formel: „Wir müssen die bestehende Verbindung von Wirtschaftswachstum und Ölverbrauch durchbrechen und beabsichtigen, dies innerhalb dieser Dekade zu tun.“

Die Menschheit, so heißt es im Bericht der vom früheren deutschen Bundeskanzler Willy Brandt geleiteten „Nord-Süd-Kommission“, will nicht nur überleben, sondern sie hat „auch die moralische Pflicht zum Überleben...“

Die von der Brandt-Kommission geforderte weltweite Energiestrategie („eine Angelegenheit von äußerster Dringlichkeit...“) findet nicht nur vor dem Computer-Terminal und nicht allein auf internationalen Mammutkonferenzen statt, sondern äußert sich in einer neuen Bereitschaft, den Verbrauch deutlich zu begrenzen und das öffentliche Bewußtsein auf Sparmaßnahmen zu lenken.

So unternahmen elf Gemeinden in den östlichen kanadischen Provinzen und U.S.-Staaten Ende Oktober einen sechzigstündigen Energiesparwettbewerb, den die beschauliche

Gemeinde St. Stephen, New Brunswick, für sich entscheiden konnte – immerhin mit einer Elektrizitätsdrosselung von 17,5%.

Ein in Kanada entwickelter „Energie-Bus“, der auch schon in der Bundesrepublik vorgeführt wurde, zeigt Verbrauchern im privaten und wirtschaftlichen Bereich, wo und wie durch verstärkte Bau-Isolierung und Wärmelenkung wichtige Energieeinsparungen erzielt werden können.

Der schon erwähnte Energie-Wettbewerb zwischen Kanadiern und Amerikanern fiel zeitlich mit der Veröffentlichung eines „Nationalen Energie Programms“ durch die kanadische Bundesregierung in Ottawa zusammen.

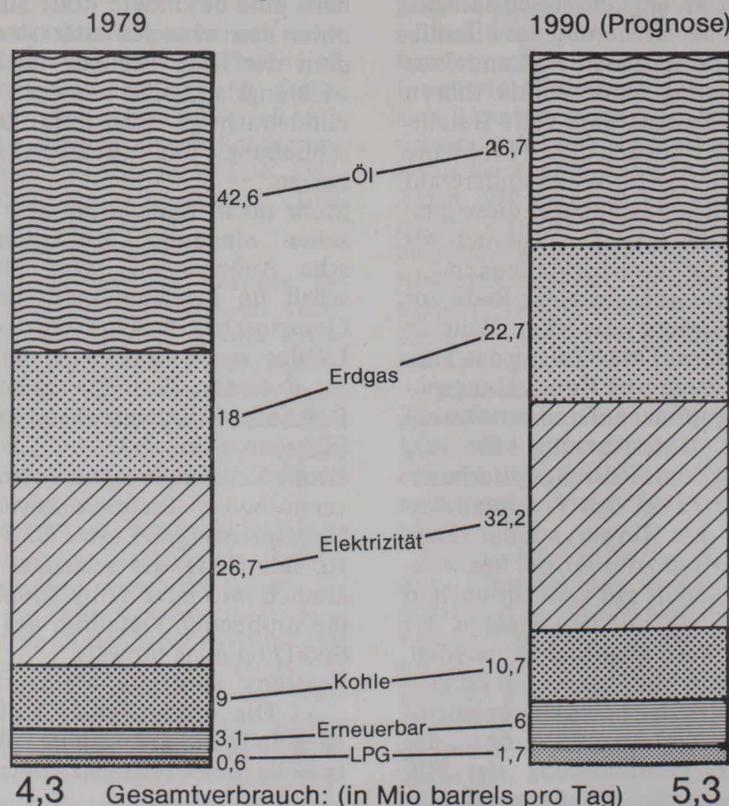
Die Auswirkungen dieses umfassenden Pakets von Entscheidungen werden, wie Energieminister **Marc Lalonde** bei der Vorlage erklärte, „alle Bereiche des kanadischen Lebens, das Wohlergehen aller Kanadier erfassen und die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der Nation auf Jahre mitbestimmen“.

Die Voraussetzungen für das Energie-Programm sind außerordentlich günstig:

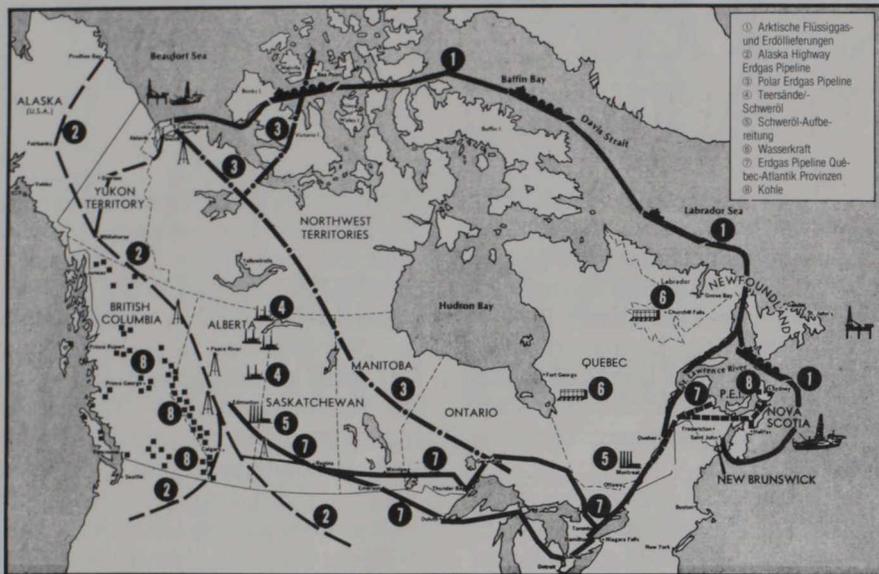
- *Kanada, ist, wengleich beim Erdöl noch auf Importe angewiesen, ein Netto-Energieexportland*
- *Kanada verfügt über erhebliche Vorkommen an Erdgas, Teersänden, Schweröl und Wasserkraft*
- *Kanada kann erhebliche weitere Reserven mobilisieren – so im Wasserkraftbereich, bei der Kohlevergasung und -verflüssigung, der Nukleartechnologie, der Nutzung von Gezeiten- und Windenergie sowie solarer Strahlung.*

Das Ziel des „Nationalen Energie-Programms“ ist die Erreichung einer Energie-Unabhängigkeit bis 1990 bei einer jährlichen Zunahme des Energieverbrauchs von jeweils nur 1,9%. Dies bedeutet eine Abkehr von der bisherigen Entwicklung, die einen täglichen Netto-Ölimportbedarf von heute 215 000 barrels und bis 1985 von rund 600 000 barrels zur Folge hat.

Energie-Quellen in Prozent



Kanadas Energie-Vorhaben



Diese Energie-Autarkie Kanadas kommt nicht nur dem Lande selbst zugute, sondern wird sich, weltweit gesehen, als Entspannungselement auf den Ölmärkten auswirken.

Mehr noch, Kanada wird, als Teil des neuen Energie-Programms, finanzielle, institutionelle und technische Mittel zur Erschließung von Energiequellen – besonders in der Dritten Welt – zur Verfügung stellen. Die zu diesem Zweck entstehende staatliche Gesellschaft Petro-Canada International kann Gelder in Höhe von 250 Mio. Dollar aufwenden.

Innerhalb des Landes selbst sieht das Programm eine Fülle von energiebezogenen Maßnahmen mit einem von der Bundesregierung zu finanzierenden Volumen von insgesamt 11,6 Mrd. Dollar bis 1983 vor.

Bis 1990 will Kanada

- neben der Unabhängigkeit von ausländischen Energiequellen
- eine starke innerkanadische Ölwirtschaft, die über wenigstens fünfzig Prozent der Anteile und die Kontrolle der im Lande arbeitenden Ölfirmen verfügt, aufbauen;
- den innerkanadischen Mineralölpreis aus weltmarktbedingten Wettbewerbsgründen auf nie mehr als 85% des Weltmarktniveaus steigen lassen.

Auf dieser Grundlage kommt der zügigen Entwicklung der kanadischen Mineralölwirtschaft, besonders aber der staatlichen Gesellschaft Petro-Canada, ein besonderes Gewicht zu. Mit dem Ausbau des rein kanadischen Mineralölsektors folgt Kanada dem Beispiel anderer wichtiger Nicht-OPEC Erdgas- und Mineralölförderländer, so Großbritanniens,

Norwegens, Australiens und Mexikos.

Heute liegen allein sechs multinationale Firmen, was ihr Marktvolumen angeht, innerhalb Kanadas vor der staatlichen Petro-Canada-Gesellschaft, und von den 25 führenden Anbietern sind nur acht mit einem Marktanteil von 18,7% in Kanada selbst beheimatet.

Die kanadische Bundesregierung – so das Energie-Programm – „hält die Bereiche Erdöl und Erdgas für einzigartig und daher – mehr als andere Wirtschaftsbereiche – größerer kanadischer Kontrolle bedürftig.“

Fast noch einschneidender sind die bevorstehenden Bemühungen einer Abkehr nicht nur vom importierten, sondern vom Erdöl ganz allgemein mit Nachdruck zu betreiben.

Während Erdöl 1979 noch 42,6% des Primärenergiebedarfs deckte, will Kanada diesen Anteil bis 1990 auf 26,7% senken.

Steigen werden der Verbrauch an Erdgas, Primärelektrizität, Kohle, regenerativen Brennstoffen (Wasserkraft nicht eingeschlossen) und sogenannten LPGs (Liquified Petroleum Gases – Flüssig-Gas).

Per Saldo geht das Programm von einem durchschnittlichen jährlichen Energieverbrauchsanzuwachs von 1,9% bis 1990 aus, also von einem Anstieg von $9,7 \text{ Kjoule} \times 10^{15}$ im Jahre 1979 auf $11,9 \text{ Kjoule} \times 10^{15}$.

Das jetzt eingeleitete Programm wird zwar durch erhebliche, auch steuerliche Neuregelungen eine spürbare Mehrbelastung der Verbraucher ergeben, kommt aber gleichzeitig dem Wunsch vieler Kanadier nach stärkerer innerkanadischer Kontrolle

über diesen entscheidend wichtigen Volkswirtschaftssektor zugute.

So sieht das Programm mittels einer Fülle von indirekten und direkten Beihilfe- und Subventionsinstrumenten eine wesentliche Entlastung jener kanadischen Gesellschaften vor, die in bislang kaum erschlossenen Grenzregionen wie der Arktis, vor den Küsten sowie zum Teil auch auf dem Festland neue Energiequellen zu nutzen hoffen. – Wohnungs- und Hausbesitzer erhalten bei der Umstellung von Öl- auf Erdgasheizung besondere Zuwendungen. Das Programm hat zunächst und, wie erwartet, eine breitgefächerte Diskussion entfacht, die im wesentlichen unter den Vorzeichen bislang umstrittener verfassungsmäßiger Vorkehrungen zu sehen ist.

Gleichwohl lassen, auch angesichts manch harter Auseinandersetzung zwischen einzelnen Provinzen und der Bundesregierung in Ottawa alle Seiten den Wunsch und die Bereitschaft nach einer positiven Lösung dieser Fragen erkennen.

Im Kern geht es bei diesen Kontroversen um die Suche nach einem verfassungsmäßigen Interessenausgleich zwischen den Provinzen – die gewisse Vorrechte bei der Zulassung von Erschließungs- und Fördervorhaben bei Bodenschätzen anmelden – und dem gleichfalls verbrieften Recht der Bundesregierung, letztlich Kontrolle über die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen des innerkanadischen Handels auszuüben. – Hinzu kommt, im Falle der Provinz Neufundland, eine bislang höchsttrichterlich verneinte Forderung der dortigen Regierung, die alleinigen Nutzungsrechte an der Ausbeutung mineralischer Rohstoffe vor der Küste vergeben zu dürfen.

Der Mann, dem schon in den vergangenen Monaten und sicher auch in unmittelbarer Zukunft die Hauptlast der komplexen Verhandlungen mit den Provinzen aufgebürdet ist, Energieminister Marc Lalonde, glaubt

Fortsetzung Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

unbeirrt an die Notwendigkeit verantwortlichen Handelns durch Ottawa im Interesse aller Kanadier. In einem kürzlichen Gespräch meinte er: „Eine nationale Regierung muß allein handeln und die Geschichte ihr Urteil sprechen lassen“.

Lalonde, der schon in der Vergangenheit wichtige Schlüsselpositionen in den von Premierminister Trudeau geführten Regierungen innehatte, und dessen außerordentliche Befähigung auch von seinen schärfsten Kritikern nicht in Frage gestellt wird, läßt ablehnende Einwürfe gegen seine Vorstellungen nur bedingt gelten: „Wir verbringen unsere Tage und Nächte nicht damit, der Provinz Alberta eins auszuwischen. Niemand will der Provinz etwas antun oder sie in eine mindere Stellung abdrängen. – Wir suchen einfach nach einem Verfahren, das dem ganzen Land zum Vorteil gereicht, ohne dabei regionale Unausgewogenheiten zu verstärken.“

Lalonde glaubt indes auch, das Dilemma der Provinzregierungen zu erkennen: „Ich denke, ich kann das Gefühl der Entfremdung und Frustration, das es dort gibt, nachempfinden. – Manche dieser Frustrationen erinnern mich stark an das, was ich im Laufe der Jahre von der Bevölkerung Québecks gehört habe – jenes Gefühl, daß man seinen Anteil an Vollmachten nicht erhält; das Gefühl, daß die wichtigen Entscheidungen von anderen getroffen werden.“ Es geht, wie der frühere Premierminister und jetzige Oppositionsführer, Joe Clark, Ende Oktober im Unterhaus in Ottawa ausführte, um das Prinzip partnerschaftlichen Miteinanders: „Die Verfassung definiert die Beziehungen der verschiedenen Regierungsebenen zueinander, und in der Praxis hat dieses Verfahren die Sicherheit beinhaltet, daß Verfassungsänderungen, von der zwei Regierungsebenen betroffen sind, von beiden einvernehmlich bestätigt werden müssen.“

Bei aller Gegensätzlichkeit der Standpunkte sind sich Kanadas politisch verantwortliche Kräfte der öffentlichen Gewichtung ihres Disputs bewußt. So ergab eine kürzlich veröffentlichte Meinungsumfrage, daß die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung die Probleme der Arbeitslosigkeit (derzeit bei 7,7%) an Bedeutung weit höher einschätzt als etwa das gesamte Energieproblem – nämlich 52,4% gegenüber 16,5%.

Kulturelle Selbstdarstellung und Analyse

Kanada-Studien im Aufwind



Fünf Jahre sind, je nach Temperament, eine kurze oder übermäßig lange Zeitspanne. So werden die wenigsten Teilnehmer des vom 20. bis 22. Februar 1981 in Gummersbach bei Köln stattfindenden 5. Seminars für Kanada-Studien um die ersten vorbereitenden Kontakte mit der dortigen Theodor-Heuss-Akademie wissen.

Die daran von kanadischer Seite unmittelbar Beteiligten haben entweder die Bundesrepublik längst wieder verlassen oder gehen anderen Aufgaben nach.

Die frühe Entstehungsgeschichte der seit einem Jahr in Gummersbach amtlich eingetragenen Gesellschaft für Kanada-Studien e.V. ist auch nur insofern interessant, als sie fast zeit-synchron mit einer neuen Phase kanadischer kultureller Außenpolitik begann.

Die Vorgeschichte der Kanadistik reicht weit zurück: In den 30er Jahren führte Professor Karl Schött, Universität Kiel, später Universität Marburg, geographische Forschungen in der Provinz Ontario durch und begründete damit die Tradition der deutschen Kanada-Forschung auf diesem Gebiet.

Im Frühjahr 1975 unterzeichneten die Bundesrepublik Deutschland und Kanada ein Kulturabkommen, entsandte Kanada erstmals einen ausschließlich für kulturelle Belange zuständigen Botschaftsrat nach Bonn, während gleichzeitig in Ottawa ein breites Angebot kultureller Außenpolitik formuliert wurde.

Dabei spielte, praktisch im Vorgriff auf die später im Jahre 1975 unterzeichnete KSZE-Schlußakte, die Frage akademischer Beziehungen eine herausragende Rolle.

Der damalige kanadische Außenminister und heutige stellvertretende Premierminister Allan J. MacEachen, der selbst aus dem Hochschulbereich zur Politik gestoßen war und daher für die kulturelle Selbstdarstellung Kanadas im Ausland besonders empfänglich ist, sah in dem neuen Programm „ein Mittel, die Qualität unserer Leistungen als Nation zu prüfen“.

Bei diesem Vorhaben stand für MacEachen die Frage der richtigen

Wahl verfügbarer Instrumente im Vordergrund. In einer an der Universität Edinburgh im Oktober 1975 gehaltenen Rede umriß der Minister seine diesbezüglichen Vorstellungen so: „Wir sind uns als Regierung der Tatsache bewußt, daß Kultur nicht als parlamentarische Verfügung gestaltet wird. Sie entspringt vielmehr den Vorstellungen und Gedanken von einzelnen, die eine Gesellschaft, eine Nation bilden. Öffentliche Einrichtungen, ob Regierungsstellen oder nicht, können hier ermutigend wirken und neue Betätigungsfelder eröffnen. Letztlich sind es jedoch einzelne, die jene Werke gestalten, die in die Gestaltung eines nationalen kulturellen Erbes eingehen.“

Unter diesen Gesichtspunkten kam und kommt besonders dem individuellen Beitrag zur Ausgestaltung auch bilateraler kultureller Beziehungen, in welcher Form auch immer, ein überaus hoher Stellenwert zu.

Für MacEachen, den Abkömmling schottischer Einwanderer, wird es, so gesehen, nicht zuletzt eine Angelegenheit von besonderer Genugtuung gewesen sein, an jenem Oktobertag 1975 feststellen zu können, daß britische und kanadische Förderer der gerade gegründeten Stiftung für Kanada-Studien in Großbritannien weit größere Zuwendungssummen als zunächst erhofft, zeichneten. Die kanadische Bundesregierung selbst hatte mit einem Beitrag von £ 60 000 eine stimulierende Initialzündung gegeben.

In den zurückliegenden fünf Jahren sind Kanadas Leistungen auf dem Gebiet auswärtiger Kulturpolitik und besonders im Bereich der akademischen Beziehungen fortlaufend ausgebaut worden. Dabei hat die Vertiefung dieser Kontakte mit und gegenüber dem deutschsprachigen Europa eine eminent herausragende Bedeutung.

Besonderes Gewicht kommt allerdings der jetzt knapp ein Jahr alten „Gesellschaft für Kanada-Studien e.V.“ zu, die bereits heute durch ihre Mitglieder an nahezu allen großen deutschen Hochschulen vertreten ist und in den vergangenen Monaten an der Vorbereitung wissenschaftlicher

Pierre Elliott Trudeau

„Es ist an der Zeit, einen neuen Weg einzuschlagen.“

Bis Anfang Februar 1981 soll ein aus Mitgliedern des kanadischen Senats (Oberhaus) und des Unterhauses bestehender Ausschuß einen Bericht vorlegen, der es der Bundesregierung unter Premierminister Pierre Elliott Trudeau erlauben würde, die Überführung (Patriierung) der kanadischen Verfassung (Britisch-Nord Amerika Akt von 1867) zu betreiben. Eine Mehrheit der kanadischen Provinzregierungen teilt zwar den Wunsch der Bundesregierung nach Überführung der Verfassung, äußert aber Bedenken hinsichtlich einer schon jetzt vorzunehmenden Einschließung eines Grundrechte-katalogs als Teil des Patriierungs-Vorgangs.

Premierminister Trudeau möchte noch vor dem 1. Juli 1981 eine endgültige Bereinigung der Verfassungsfrage erreichen.

Am 2. Oktober 1980 erläuterte der Premierminister seine Vorstellungen und leitete damit die seit-herige lebhaft innerkanadische Debatte ein, die zunächst mit dem am 6. Februar 1981 fälligen Bericht des Parlaments-Ausschusses beendet sein wird.



Ich möchte heute abend über die Vergangenheit sprechen, über einen verfassungsmäßigen Wandel. Vor einem Jahrhundert und dreizehn Jahren unternahm eine Gruppe bemerkenswerter Leute einen bemerkenswerten Versuch. Sie schufen ein Land. Es war nicht die Logik von Wirtschaftswissenschaftlern, die dies möglich machte. Und es war nicht die Vernunft der Geographen. Es war die Kraft einer Vision, die über ihre Zeit hinausreichte, die Kraft eines zugleich einfachen und grandiosen Traumes.

In diesem weiten Land würde ein wirklich unabhängiger Staat entstehen. In diesen Menschen würde eine Tradition heranwachsen, in der sich Engländer und Franzosen, Indianer und Inuit, Neukanadier und Pioniere ungeachtet ihrer Unterschiede vereinigen würden, so daß Gerechtigkeit, Fair play und praktiziertes Miteinander-Teilen gedeihen würden.

Es ist ein langer und mit harter Arbeit verbundener Prozeß, einen Staat zusammenzufügen, der einem Traum entspricht. Doch mußte jede Generation nicht nur Opfer bringen, sie erhielt auch ihre Belohnung. Jede Generation von Kanadiern hat mehr gegeben, als sie genommen hatte. Jetzt ist es für uns an der Zeit, unsere Erbschaft zurückzuzahlen.

Unsere Pflicht ist klar umrissen: Sie besteht darin, die Grundlagen unserer Unabhängigkeit und unserer Freiheiten zu vervollständigen. Auf der jüngsten Verfassungskonferenz hat Premierminister Davis sicherlich der Hoffnung der meisten Kanadier Ausdruck verliehen, als er sagte, daß es heute Zeit ist, „die ersten vernünftigen Schritte zu unternehmen . . ., unsere Einheit zu erneuern und unsere Existenz als Nation wiederzubeleben“. Daß wir Premierminister ge-

scheitert sind, bedeutet für mich einen tiefen persönlichen Schmerz, den gleichen Schmerz, den jeder Premierminister empfunden hat und viele der Ministerpräsidenten, die seit den 20er Jahren im Amt waren, als der erste von zahlreichen Versuchen, unsere Verfassung zu kanadaisieren, scheiterte.

Warum blieben wir erfolglos? Warum endete jeder Versuch, der in über einem halben Jahrhundert unternommen worden ist, mit einem Scheitern und mit Frustration?

Der Grund ist darin zu sehen, daß wir in einer realen und sehr menschlichen Welt nach Vollkommenheit suchten. Wir dachten, in einem System unterschiedlicher Regierungen wäre es allen möglich, in jeder Hinsicht in allem Übereinstimmung zu erzielen. In der Annahme, die einzige Übereinstimmung könnte nur eine einmütige Übereinstimmung sein, übernahmen wir dieses Ideal von Übereinstimmung und machten es zum Despoten . . .

Gewiß ist die Unabhängigkeit der Nation — das unbestrittene Recht der Kanadier auf Selbstbestimmung — kein Gegenstand des Disputs zwischen Provinzregierungen. Unabhängigkeit gehört allen Kanadiern.

Gewiß sind die Grundrechte jedes Kanadiers kein Gegenstand des Disputs zwischen Provinzregierungen. Die Rechte gehören allen Menschen.

Gewiß ist Freiheit keine Streitfrage zwischen Bund und Provinzen. Vor allem die Freiheit gehört allen Menschen.

Und deshalb muß das kanadische Volk jetzt einen Weg finden, der aus der dreiundfünfzigjährigen verfassungsmäßigen Paralyse herausführt. Es gibt einen solchen Weg. Es ist ein gesetzmäßiger Weg, allerdings erfordert er eine kollektive Entscheidung. Über die eine Insti-

tution, in der alle Kanadier repräsentiert sind, über das Parlament von Kanada können die Kanadier von dem toten Gleis wegkommen, auf das die elf Regierungen geraten sind. Vor einigen Stunden wurde eine gemeinsame Resolution des Parlaments aufgesetzt, die, falls das Parlament zustimmt, uns den Schlüssel zu unserer Zukunft als Nation liefern wird. Der Parlamentssprecher (Speaker) hat das Parlament aufgefordert, am Montag zurückzukommen und mit der Debatte über diese Resolution zu beginnen. Jeder Parlamentsabgeordnete aus jeder Ecke dieses Landes ist aufgefordert, sich an diesem historischen Akt zu beteiligen.

Die Resolution schlägt erstens vor, die Verfassung so nach Kanada zu überführen, daß dieses Verfahren am Ende von vier Jahren zu einem neuen Prozess der Verbesserung führen wird, der frei ist von der Zwangsjacke der Einmütigkeit.

Die Patriierung wird den Provinzen in keiner Weise etwas von ihrer Macht nehmen. Sie wird nur dem britischen Parlament Macht wegnehmen. Zu guter Letzt werden wir eine Verfassung haben, die wirklich unsere eigene ist.

Zweitens fordert diese Resolution, die Verfassung solle eine Charta von Rechten und Freiheiten enthalten. Die Charta-ähnliche Patriierung wird keinen Machttransfer von den Provinzregierungen auf die kanadische Regierung vornehmen. Sie wird im Gegenteil dem kanadischen Volk Macht zukommen lassen, die Macht nämlich, sich vor dem Mißbrauch öffentlicher Autoritäten zu schützen.

Die Rechte sind das gemeinsame Erbe aller Kanadier. In Kanada ist kein Platz für Bürger zweiter Klasse. Deshalb wird die Resolution fordern, die Verfassung solle unsere Rechte und Freiheiten für alle Provinzregierungen verbindlich machen. Jedem Kanadier werden die Grundrechte der Gewissens- und Meinungsfreiheit, der Versammlungsfreiheit und das demokratische Recht zu wählen garantiert werden.

Jeder Kanadier wird sich eines vollen Rechtsschutzes erfreuen. Gleiche Behandlung aller, ohne Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Hautfarbe oder der Herkunft wird festgeschrieben.

Jedem Kanadier wird das Recht garantiert, sich freizügig in jedem Teil des Landes zu bewegen, um einen Arbeitsplatz zu suchen, ein Haus zu kaufen, eine Familie in seiner oder ihrer Tradition aufzuziehen und, damit untrennbar verbunden, wird das Recht der Eltern garantiert, seien sie nun englisch- oder französischsprachig, ihre Kinder in ihrer offiziellen Sprache erziehen zu lassen. Jeder Ministerpräsident hatte sich 1978 in Montreal dem Prinzip verpflichtet, „daß jedes Kind der französisch- oder englischsprachigen Minorität einen Anspruch auf eine Grund- und Hauptschulerziehung in seiner eigenen Sprache hat, wo immer die Zahlen dazu berechtigen.“ Wir werden dieses Abkommen der Provinzen, das Abkommen der Ministerpräsidenten in die Verfassung aufnehmen.

Das dritte Element der Resolution wird darin

bestehen, die Prinzipien des Ausgleichs festzuschreiben – das landesweit verfolgte Prinzip des Teilens – das gerade den wesentlichen Kern unseres Staates ausmacht.

Vom Parlament wird erwartet, daß es sich selbst davon überzeugt, daß die Resolution in vollem Umfang den Wünschen des kanadischen Volkes entspricht. Das Parlament wird aber auch aufgefordert werden, sich ohne übermäßige Verzögerung an die Arbeit zu machen, aus dem einfachen Grund, weil die Kanadier im Wort sind. Als im vergangenen Frühjahr die Quebecker von ihrer Regierung gedrängt wurden, sich von Kanada zu trennen, bestätigten die Leute in allen Teilen des Landes den Vertrag, den Gesellschaftsvertrag, der die Konföderation möglich gemacht hat: das Versprechen, daß alle in vollem Umfang Anteil haben an Kanadas Erbe.

Die Verpflichtung der kanadischen Regierung war ganz klar. Und ebenso klar war auch die Verpflichtung aller nationalen Parteiführer und die jedes einzelnen Ministerpräsidenten. Hunderttausende kanadischer Individuen unterzeichneten Petitionen; Schulen, Kirchen und Stadträte taten ihre Meinung kund.

Dies war mehr als eine Verpflichtung gegenüber den Quebeckern, wenn auch das Quebecker Referendum der unmittelbare Anlaß dafür gewesen war. Es war die Verpflichtung jedes Kanadiers gegenüber jedem anderen Kanadier, das Land zum Besseren hin zu verändern.

Auf dem Weg über das Parlament kann das Volk dieses Versprechen jetzt einlösen. Befreit von der Paralyse der Vergangenheit und mit unserer nach Hause zurückgekehrten Verfassung, mit unserer vollen, unbestrittenen Unabhängigkeit, mit unseren garantierten Rechten und Freiheiten kann der Prozeß der Reform und der Erneuerung wirklich Fortschritte machen. Sobald wir die Möglichkeit haben, Fortschritte zu machen, ist unsere Regierung bereit, sogar bestrebt, mit den Provinzen die Diskussion über die Verfassung wieder aufzunehmen. In dieser komplizierten und turbulenten Welt können wir Kanadier es uns nicht länger leisten, grundlegende Gesichtspunkte hinsichtlich des Wesens unseres Staates ungelöst und unbestimmt zu lassen und Konfrontation, Spaltung und Uneinigkeit zu nähren. Wir sind zu einem großen Akt nationaler Willensbekundung aufgefordert. Sowohl für uns selbst wie für unsere Kinder müssen wir die letzte Verantwortung für die Erhaltung unseres Landes übernehmen.

Als Volk können wir uns dieser Herausforderung stellen. Wenn wir dies tun, werden wir für die jetzt heranwachsende Generation, den Weg freimachen, damit das gute Einvernehmen, durch das wir alle leben, der New Deal für Westkanadier und Quebecker, für die Leute von Ontario und die atlantischen Kanadier, die Bewohner des Nordens und die eingeborenen Völker einen besseren Ausdruck findet und mit größerem Nachdruck verfolgt wird. Diese Leistung ist unseres Erbes würdig. Doch sie ist noch mehr. Es ist eine Leistung, die unserer gemeinsamen Zukunft würdig ist.

Die Kluft verringern!

Die 35 Teilnehmerstaaten der Madrider KSZE-Folgekonferenz verfügen gemeinsam über das größte Wirtschaftspotential in der Geschichte der Menschheit. Sie sind aber auch im Besitz des größten Zerstörungspotentials aller Zeiten. Mithin kommt den in Madrid unmittelbar beteiligten Diplomaten und Politikern bei der Beantwortung dieses zentralen Widerspruchs – menschliches Wohlergehen hier, potentielle Zerstörung da – eine Verantwortung von historischer Dimension zu. Kanadas Außenminister Mark MacGuigan bezog als Vertreter des flächenmäßig zweitgrößten KSZE-Staates zu diesen Herausforderungen am 12. November 1980 Stellung.



„... Als sich im Juli und August 1975 die führenden Männer unserer Länder in Helsinki trafen, um die Schlußakte zu unterzeichnen, waren die Hoffnungen hochge-spannt, daß wir einen schöpferischen und dauerhaften Beitrag zur Entspannung in Europa und zum Weltfrieden geleistet hatten. Seither, und tatsächlich in jüngster Zeit haben sich diese Hoffnungen ziemlich verringert. Herr Präsident, Kanada bleibt trotzdem der festen Überzeugung, daß die Schlußakte Führungsregeln und Verhaltensstandards etabliert, die, werden sie wirklich beachtet, den Menschen in allen unseren Ländern größten Nutzen bringen könnten. Ich halte es für vertretbar zu behaupten, daß trotz ernstlicher Rückschläge die Welt als Resultat der Schlußakte von Helsinki 1975 ein besserer Platz geworden ist. Zweifellos sind wir alle hinter jene Maßstäben zurückgefallen, die wir aufgestellt haben, und wir haben ihre Ziele in dem Grade, wie es uns vielleicht möglich gewesen wäre, nicht erfüllt. Trotzdem haben wir in den letzten fünf Jahren wichtige Entwicklungen in der Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Staaten erlebt, und zwar durch wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen und anderen Austausch. Fraglos hat dieser das Leben unserer Menschen bereichert und den Horizont unserer Regierungen erweitert. Es gab zudem eine gewisse Verbesserung in der Freiheit von einzelnen, sich über die Grenzen unserer Staaten hinweg in rechtmäßigem Bemühen zu bewegen. Man hat, bei allem notwendigen Respekt vor der nationalen Souveränität, anerkannt, daß kein Staat eine Insel für sich selbst ist, die ihren Angelegenheiten, den inneren und äußeren, nachgeht, ohne sich im geringsten um ihre Nachbarn zu kümmern. Doch wie auch sonst im menschlichen Streben ist die Praxis nicht vollkommen...“

Ich muß zu diesem Punkt anmerken, daß das Madrider Treffen eine viel größere Bedeutung angenommen hat, als man hatte voraussehen können, als es vor einigen Jahren anberaumt wurde. Die Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen, die in der sowjetischen Intervention in Afghanistan im vergangenen Dezember ihren Höhepunkt fand, kann in diesem Forum nicht ignoriert werden.

Die sowjetischen Aktionen haben zumindest die Prinzipien der Schlußakte, in denen es um die hoheitliche Gleichberechtigung, um die Unterlassung von Bedrohung oder Gewaltanwendung, um Unverletzlichkeit der Grenzen, die territoriale Unverletzbarkeit der Staaten, die Nichteinmischung in interne Angelegenheiten und die Selbstbestimmung der Völker geht, direkt her-

ausgefordert. Dennoch haben die beteiligten Staaten unter der Verpflichtung auf die Schlußakte ihrer Überzeugung Ausdruck verliehen, daß Entspannung notwendigerweise zu einem umfassenden Prozeß mit universeller Reichweite gemacht werden müsse.

Der Schatten Afghanistans wird unausweichlich so lange die Entspannung beeinträchtigen, wie die sowjetischen Truppen dort bleiben werden. Trotzdem glaubt meine Regierung, Ost und West müßten ein Interesse daran haben, das Gleichgewicht des militärischen Potentials beizubehalten, und sie wird dementsprechend weiterhin eine Politik verfolgen, die sich um eine Spannungsverminderung sowie um die Ausweitung der Zusammenarbeit in einem Prozeß bemüht, der gegenseitig, global und unteilbar sein muß. Doch wenn dies die Bedeutung von Entspannung ist, dann beabsichtigen wir sicherzustellen, daß sie auf einer starken Grundlage von Abschreckung beruht!

Herr Präsident, es ist klar, daß wir unser Vertrauen auf den politischen Bereich nicht verstärken können, solange die Aufrüstung unvermindert fortschreitet. Politische Entspannung und eine Verlangsamung des Rüstungswettlaufs sind untrennbar.

Beim Blick auf die Schlußakte finden wir, daß deren Vorstellungen, die sich mit Fragen der verbesserten militärischen Sicherheit befassen, bescheiden sind. Trotzdem können die vertrauensbildenden Mittel, die in Helsinki eingeführt wurden, einen Beitrag zu einem stabileren Umfeld in Mitteleuropa, dem Bereich, der von der Möglichkeit einer bewaffneten Konfrontation am meisten bedroht ist, leisten.

Die Erfahrung, die wir im Verlauf der letzten fünf Jahre mit vertrauensbildenden Maßnahmen gemacht haben, war positiv. Sie gibt uns Mut, die Anregung in der Schlußakte zu untersuchen, diese könnten sich entwickeln und ausweiten lassen, um das Vertrauen zu stärken. Die Übernahme weiterentwickelter und umfassender vertrauensbildenden Mittel könnte eine Atmosphäre größerer Offenheit und Stabilität in militärischen Bereichen schaffen, auf die die Übernahme wirklicher Abrüstungsmaßnahmen folgen könnte, sowie eine Übereinstimmung über die friedliche Schlichtung von Disputen und, schließlich, ein Nicht-Angriffspakt. Doch wenn vertrauensbildende Maßnahmen diese Rolle übernehmen könnten, müßten sie militärisch signifikant, verifizierbar, gegenseitig verpflichtend und auf ganz Europa vom Atlantischen Ozean bis zum Ural anwendbar sein. Wir glauben, daß, solange diese Kriterien vorherrschen, aus unserem Treffen in Madrid der Auf-

trag entstehen könnte, ein Folgetreffen einzuberufen, vielleicht auf einer hohen Stufe, das Möglichkeiten zur Entwicklung und Ausdehnung vertrauensbildender Maßnahmen erforschen und über den Erfolg seiner Arbeit dem nächsten KSZE-Folgetreffen berichten könnte.

Herr Präsident, die Schlußakte bietet zahlreiche Möglichkeiten für eine größere Zusammenarbeit in den wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technologischen Bereichen sowie das Umfeld dazu. In der Schlußakte erkennen wir an, daß sich die Zusammenarbeit in diesen Bereichen auf der Grundlage von Gleichberechtigung, gegenseitiger Befriedigung und Gegenseitigkeit entwickeln läßt. In den kommenden Wochen wird sich meine Delegation intensiv mit der Gegenseitigkeit, einem Schlüsselement der Entspannung, befassen, da wir die Ausführung besonders beim kommerziellen und wissenschaftlichen Austausch, überprüfen. Wir suchen nach einer soliden Grundlage, auf der Zusammenarbeit in Zukunft entwickelt und erweitert werden kann. Die teilnehmenden Staaten, die den größten Teil der internationalen Industriegemeinschaft ausmachen, haben Anteil an einem hohen Maß an Verantwortlichkeit innerhalb des größeren Weltsystems. Wir werden mit gewaltigen Aufgaben konfrontiert. Um ihnen zu begegnen, müssen wir zusammenarbeiten. Wir sollten einen effektiveren Einsatz der Ressourcen suchen, die nicht nur den Völkern Europas und Nordamerikas zugute käme, sondern ebenso auch den Entwicklungsländern.

Herr Präsident, ich möchte zu bedenken geben, daß das, um was es in der Schlußakte geht, Menschen sind. Das Interesse an Entspannung, am Frieden, das sind wirklich die Belange unserer Völker. So auch die Belange, die sich unmittelbar auf Individuen und Gemeinden beziehen. Diese Behauptung soll keine besondere Priorität beanspruchen. Der Akzent, den Kanada auf die Prinzipien der Menschenrechte legt und seine Anwendung auf die humanitäre Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Staaten, ist keine Verzerrung des Gleichgewichts der Schlußakte. Das gegenseitige Vertrauen, das dieses Dokument unseren Beziehungen geben sollte, dient grundlegend dazu, Vertrauen zwischen Völkern zu etablieren. Mit tiefer Trauer muß ich allerdings feststellen, daß seit der Unterzeichnung der Schlußakte Menschen belästigt, verhaftet, gequält, ausgebürgert und ins Gefängnis gesteckt worden sind, einfach deshalb, weil sie versuchten, zu mahnen und ihre Rechte geltend zu machen, die in der Schlußakte bestätigt sind. Diese Verfolgung stellt unvermeidbar eine gravierende Ursache für die heutigen Spannungen im Ost-West-Verhältnis dar.

Die Menschen können sich seit der Unterzeichnung der Schlußakte zwischen Ost und West freier bewegen, und in unseren Beziehungen mit einigen der Teilnehmerstaaten hat es erfreuliche Fortschritte hinsichtlich der Familienzusammenführung und -besuche gegeben. Doch es bleiben offenstehende Fälle und Probleme, die zweierlei elementare Gründe hatten: auf der einen Seite gab es administrative Barrieren wie beispielsweise die Vielfalt von Autoritäten, mit

denen die Individuen und unsere Botschaften zu tun haben, wenn es um Reisen aus familiären Gründen geht.

Andererseits gibt es das viel beunruhigendere Problem der Komplikationen hinsichtlich des Status der Bürger für Familienzusammenführungen und -besuche. Einige Teilnehmerstaaten, die die Bitte um Zusammenarbeit bei der Bewältigung dieses Problems abschlägig beschieden haben, führten dazu den Grundsatz VI über die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten an. Doch dieser Grundsatz bezieht sich auf illegale Interventionen mit Gewalt. Es besteht keine Absicht, ihn auf Verpflichtungen anzuwenden, die durch internationale Abmachungen wie die der Menschenrechtskonventionen etabliert worden sind.

Zwar waren die Teilnehmerstaaten in der Schlußakte übereingekommen, dann nicht zu intervenieren, wenn es sich um Angelegenheiten handelt, die unter die Rechtsprechung des jeweils anderen fallen, doch es ist klar, daß die Menschenrechte wie etwa das Recht, das eigene Land zu verlassen und aus freien Stücken wieder zurückzukehren, Vorrang haben vor der landeseigenen Rechtsprechung.

Zudem könnten wir neue Schritte in dieser Hinsicht unternehmen. Ich hoffe, unser Gedankenaustausch darüber und unsere Entscheidungen in diesen Bereichen werden als Teil eines ausgewogenen Ergebnisses dieses Treffens in das Schlußdokument eingehen.

Eine Art Ergebnis, das ich vorschlagen möchte, wäre ein Expertentreffen der KSZE oder sogar eine Zusammenkunft auf hoher Ebene, in der der Schutz der Prinzipien der Menschenrechte und fundamentaler Freiheiten diskutiert werden sollten, die in Prinzip VII der Schlußakte bestätigt wurden sowie die Anwendung dieser Rechte in Korb III, in dem es besonders um die Frage uneingeschränkter Bewegungsfreiheit von Menschen der Teilnehmerstaaten geht. Im Verlauf unserer Diskussionen hier wird meine Delegation diesen Gedanken weiter sorgfältig ausarbeiten und einen Bevollmächtigten sowie die Modalitäten für eine solche Zusammenkunft vorschlagen.

Die Prinzipien der Schlußakte vereinigen in sich bedeutsame und wesentliche Konzepte: ideologischen Pluralismus, ideologische Nichteinmischung; freie Wahl der Ideologien; und Zugang zur ideologischen Information (das heißt zum freien Fluß der Gedanken). Wir glauben, die Annahme dieses Konzepts, und zwar in der Theorie wie in der Praxis, ist für das Bemühen um Entspannung wesentlich.

Aus unserer Sicht könnten alle Teilnehmerstaaten einen Beitrag zur ideologischen Entspannung leisten, indem sie Handlungen unterlassen, die Mißtrauen wecken, und sich statt dessen auf ein wachsendes Vertrauen konzentrieren. Des weiteren könnten die Teilnehmerstaaten dadurch zur ideologischen Entspannung beitragen, daß sie die Barrieren entfernen, die den freien Fluß der Information behindern. Dies würde es den Menschen erlauben, zu den Erfahrungen und Gedanken der anderen ungehinderter Zugang zu erhalten...

Tagungen zu Kanada-spezifischen Schwerpunktthemen beteiligt war.

Tatsächlich liegt auch, von der bisherigen Mitgliederstruktur her, das quantitative Gewicht eher in den Bereichen Geographie und Anglistik. Von ähnlicher Bedeutung für die Arbeit der Gesellschaft sind aber auch die Beiträge der Romanisten, Geschichtswissenschaftler und Politologen.

Bezeichnend für das Interesse deutschsprachiger Universitäten an Kanada ist die Tatsache, daß die Gesellschaft acht Monate nach ihrer Gründung bereits mehr Mitglieder aufweist als fast alle ihre Schwestergesellschaften in anderen Ländern, obwohl einige schon erheblich älter sind.

Ziel dieser von der kanadischen Bundesregierung aktiv geförderten Kanada-Studien in Europa ist, wie der frühere Botschafter in Bonn, John Halstead, im Februar 1977 beim ersten Seminar in Gummersbach erklärte, „die Entwicklung fundierten Wissens um und ein ausgewogeneres Verständnis für Kanada und seine Belange im Ausland zu fördern“.

Diesem Wunsch liegt Kanadas Bedürfnis zugrunde, seine spezifischen Beiträge auf kulturellem, wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischem Gebiet in möglichst umfassender Form zu vermitteln. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte, die wachsende Tendenz zu grenzübergreifenden Kontakten auf allen Gebieten, haben nicht nur zu einem besseren Verständnis der Völker in aller Welt geführt, sondern haben sich zu einem stabilisierenden Element in den Beziehungen der Staaten erkennbar bewährt.

Kanada kann hier in besonderer Weise Beiträge leisten, so über seine Politik der Multikulturalismus-Förderung. Immerhin hat sich der Anteil

der ursprünglich weder britisch- noch französischstämmigen Bevölkerung des Landes zwischen 1871 und 1971 von 8,3 auf 26,7 Prozent erhöht.

Durch diese Absage an die in den benachbarten USA angestrebte Politik ethno-kultureller Nivellierung erreicht Kanada größere Pluralität und mehr kulturellen Facettenreichtum als die meisten anderen Länder der Welt.

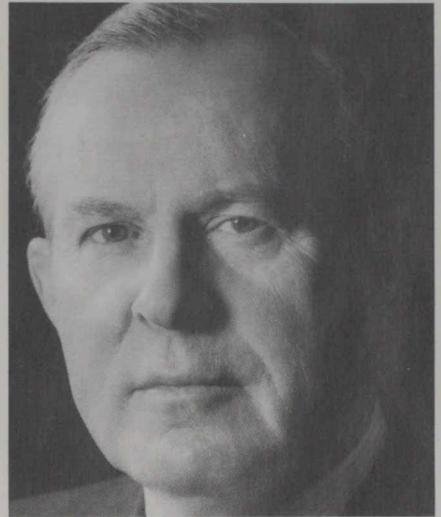
Ähnlich bedeutend als Arbeitsfeld für Wissenschaftler sind die einmaligen geographischen Gegebenheiten des Landes. Daneben spielen Sprachstudien, die Wechselbeziehungen der englisch- und französischsprachigen Bevölkerung eine immer bedeutendere Rolle.

Kanadas wachsendes internationales Gewicht als Mittler zwischen Nord und Süd, als Rohstoffquelle und Industriestaat, die landesinnere Föderalismus-Diskussion, Kanadas führende Rolle in wissenschaftlich-technischen Bereichen wie Flugzeugbau, Telekommunikation und Nukleartechnologie bieten weitere wichtige Ansatzpunkte für auch interdisziplinäre Kontakte von Forschungs- und Entwicklungsinstitutionen, die bislang nur ansatzweise vorhanden sind.

Von staatlicher Seite können hier nur Anstöße gegeben werden. Ausbau und Vertiefung einer derartigen Zusammenarbeit müssen der Initiative von Wissenschaftlern, ihren Instituten und einschlägigen öffentlichen Körperschaften überlassen bleiben. Kulturelle Außenpolitik ist, wo sie durch den Einsatz vieler einzelner neben staatlicher Förderung ergänzt wird, das, was der Staatssekretär im kanadischen Außenministerium, Allan Gotlieb, den „Mörtel“ nennt, „mit dem die Grundlagen stabiler internationaler Beziehungen geschaffen werden“.

Fortsetzung von Seite 5

den nicht nur ihre Machbarkeit, sondern auch ihr Sinn angezweifelt. Das Klima, das die Entwicklungshilfeprogramme umgibt, ist durch Desillusion und Mißtrauen schwer belastet. . . . Wir haben einen Krisenpunkt erreicht . . .“



Lester B. Pearson

Diese Kette des nahtlosen kanadischen Engagements in der und für die Länder der Dritten Welt wurde noch durch den Ko-Vorsitz des damaligen kanadischen Außenministers und jetzigen stellvertretenden Premierministers Allan MacEachern in der Konferenz für Internationale Wirtschaftliche Zusammenarbeit (KIWZ) unterstrichen.

Bis 1985 will Kanada seine Entwicklungshilfeleistungen wieder auf 0,5 Prozent des Bruttosozialprodukts – trotz erheblicher eigener binnenwirtschaftlicher Entwicklungsaufgaben – anheben. Darüber hinaus hat Kanada die 0,7-Prozent-Grenze anvisiert.

Unverzüglich jedoch wird Kanadas Entwicklungshilfebehörde CIDA ein sogenanntes „Zukunfts-Sekretariat“ einrichten, um – hoffentlich auch über die Landesgrenzen hinaus – zur internationalen Bewußtseinerweiterung beizutragen. Ein solches Institut würde, so CIDA-Vizepräsident Lewis Perinbam auf der Ersten Weltzukunftskonferenz im Juli dieses Jahres in Toronto „die Wege ermitteln, wenigstens einige der im Bericht der Brandt-Kommission enthaltenen Empfehlungen zu verwirklichen. Dies wiederum würde die Schwungkraft und die Hoffnungen erneuern, die die Brandt-Kommission geweckt hat und sie auf dem Wege der Umwandlung von Ideen in Handlungen umsetzen“.



März 1975: Unterzeichnung des deutsch-kanadischen Kulturabkommens.

Kanadas Minister für Energie, Bergbau und Rohstoffe, **Marc Lalonde**, beantwortete Fragen der Bonner Korrespondentin der „Frankfurter Rundschau“, Gerda Strack.



Der 1929 geborene Marc Lalonde, Absolvent der Université de Montréal, der Universität Oxford und der Ottawa University, gehört dem kanadischen Unterhaus seit Ende 1972 an. Seither hatte er auch eine Reihe von Ministerposten inne. Vor seinem Eintritt in die aktive Politik war er zunächst politischer Berater des früheren Premierministers Lester B. Pearson und, zwischen 1968 und 1972, Leiter des Büros von Premierminister Pierre Trudeau.

Frage: Kanada will bis 1990 von ausländischen Energieimporten völlig unabhängig sein. Welche kanadischen Energiequellen wollen Sie bis 1990 besonders fördern, um auf Energie-Einfuhren verzichten zu können?

Lalonde: Kanada ist zur Zeit ein wichtiger Netto-Energie-Exporteur. Allein 1979 überstieg der Wert von Energieexporten (Öl, Gas, Elektrizität, Uran) den von Importen um 3,8 Mrd. Dollar. Zur Zeit besteht ein beträchtlicher Überschuss an Produktions-Kapazität für Erdgas und Elektrizität, sowie ein bedeutendes Potential an erneuerbaren Energiequellen. Kanada ist mithin eindeutig ein in jeder Hinsicht energiereiches Land. Wir sind deshalb aufgefordert, umfassendere Möglichkeiten zu entwickeln, um jene einheimischen Ressourcen, von denen wir mehr als genug haben, zu nutzen. Nicht notwendigerweise, um die Erschließung von Nicht-Erdöl-Ressourcen weiter zu beschleunigen. Der Schwerpunkt des nationalen Energieprogramms (NEP) besteht darin, eine solche Verschiebung zu erreichen, und gleichzeitig das Gesamtenergie-Wachstum bei jährlich 1,9 Prozent zu halten, und zwar bis 1990.

Frage: In welchem Umfang könnte Kanada darüberhinaus seine Energiereserven an Erdöl und Erdgas, an Kohle und Uran bis 1990 oder bis zum Jahr 2000 für den Export mobilisieren?

Lalonde: Kanada besitzt genügend Vorkommen an Ressourcen, um beträchtliche Exporte von Kohle und möglicherweise Erdgas und Elektrizität beibehalten zu können. Der

Umfang des Exports von Kohle wird natürlich vom Umfang der Erschließung und von der Bewältigung von Transportschwierigkeiten abhängig sein.

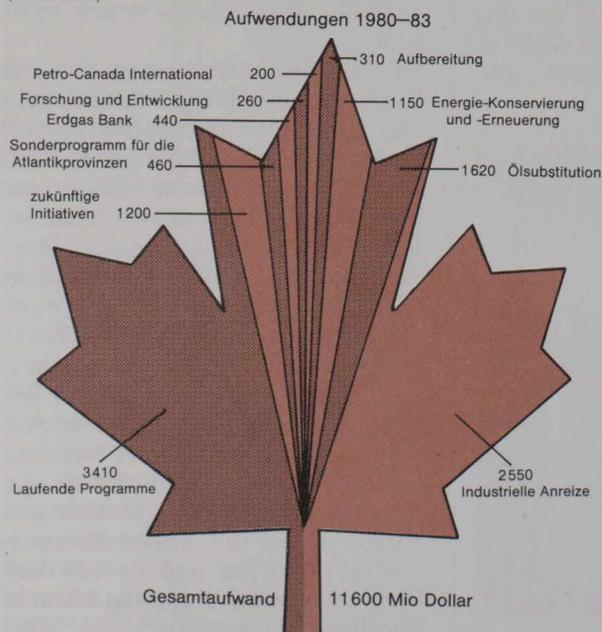
Die Ausfuhren von Erdgas und Elektrizität werden ebenfalls von der Erschließung der Vorkommen abhängen und von der Zunahme der Inlandsnachfrage, die das Nationale Energieprogramm anregen will. Die Nationale Energiebehörde führt zur Zeit Hearings über die Gesamt-Energievorräte Kanadas und die Aussichten für den Bedarf im Jahr 2000 durch. Der Anfang 1981 erscheinende Bericht dürfte spezifischere Schätzungen enthalten.

Politisches Konzept bleibt weiterhin, nur die Produktion zu exportieren, die Kanadas vernünftigerweise vorhersehbare Bedürfnisse übersteigt. Kanada erwartet zudem, für die exportierte Energie den vollen und fairen Preis zu erhalten, das heißt, die Regierung wird keine Produktion subventionieren, die für den Exportmarkt bestimmt ist, und sie wird bestimmte wichtige Projekte entsprechend ihrer Kosten und ihres Nutzens für Kanada beurteilen.

Frage: Wo sehen Sie Kanadas künftige Absatzgebiete, in einem gemeinsamen Energiemarkt USA/Mexiko/Kanada, in Japan, in Europa oder auch in der Dritten Welt?

Lalonde: Die Regierung vertritt hinsichtlich der Exportziele keine besonderen Ansichten und heißt alle Kunden willkommen. Natürlich hat sich, wegen der Nähe der Märkte, ein besonders großer Anteil am Energiehandel traditionsgemäß mit den Vereinigten Staaten abgewickelt. Wir

Kanadas Bundes-Energie Programm:
(in Mio Dollar)



Kanada besitzt genügend Vorkommen an Ressourcen, um beträchtliche Exporte von Kohle und möglicherweise Erdgas und Elektrizität beibehalten zu können.

wollen das Konzept eines gemeinsamen Energiemarktes mit irgendeiner bestimmten Ländergruppe nicht weiterverfolgen. Wir werden sogar jeden Vorschlag eines Energiegeschäftes auf einer Fall-zu-Fall-Grundlage im multilateralen Kontext beurteilen.

Frage: Wie wollen Sie den ersten Schritt zur Energie-Autarkie, die Schließung der Einfuhrücke bei Erdöl, bewältigen?

Lalonde: Die Annäherung an eine Reduzierung der Erdölimporte soll in drei Schritten erreicht werden: Eine Zunahme der Inlands-Ölversorgung, vor allem durch die Erschließung nicht-konventioneller Quellen (d.h. Ölsände) und durch eine verbesserte Effizienz des Erdölverbrauchs (durch die Veredelung von Schweröl in leichtere Produkte), zunehmende Konservierung und den Übergang vom Erdöl zu anderen Energiequellen. Es ist klar, daß sich in einem Zeitraum bis zumindest 1985 zunehmende Vorräte nur in bescheidenem Ausmaß auf einen Rückgang der Importe auswirken können. Deshalb wird der Akzent zunächst auf Konservierung und Substitution liegen. Man sollte vielleicht darauf verweisen, daß sogar bei einem Erdöl-Null-Import Kanada keine Energie-Autarkie besäße, denn aus Gründen ihrer wirtschaftlichen Effizienz würden Kohle-Einfuhren aus den USA wahrscheinlich beibehalten werden.

Frage: Wie will Kanada das dafür nötige Kapital aufreiben, zumal es den ausländischen Kapitalanteil, wie heute schon bei der Uranförderung, bei den Förderfirmen begrenzen möchte?

Lalonde: Kanada beabsichtigt, das

für die zukünftigen Erschließungen erforderliche Kapital weiterhin aus denselben Quellen zu beziehen wie in der Vergangenheit, das heißt im Falle einer Verschuldung – überwiegend für die Elektro-Energiegewinnung – über die Kapitalmärkte Kanadas und der Welt; im Falle von Kapital- und Betriebsmitteln aus dem kanadischen Kapitalmarkt, vom internen Cash-Flow der Erdöl-Industrie und bei Bedarf von ausländischen Kapitalmärkten. Die Erdöl- und Erdgas-Industrie war in der Tat seit 1974 ein Netto-Exporteur von Kapital, denn sie hat in dem Zeitraum zwischen 1975 und 1979 Netto-Abflüsse von bis zu 2 Mrd. Dollar an Dividenden, Zinszahlungen und Kapital-Rückkehr gefördert.

Betrachtet man zum Beispiel die Uran-Produzenten, so spricht die Erfahrung kaum dafür, daß der Bedarf an ausländischem Besitz notwendige Investitionen behindert. Das Vorherrschen von Joint Ventures (Gemeinschafts-Unternehmen) beweist, daß die Unternehmen darauf eingerichtet sind, die neuen Grundregeln zu übernehmen und genügend vorteilhafte Möglichkeiten sehen, Gewinne zu erzielen und Zugang zu den Energievorräten zu erhalten. Kurz gesagt, die kanadische Kontrolle hat die Auslandsinvestition nicht behindert.

Man sollte nachdrücklich unterstreichen, daß ausländische Investitionen weiterhin, was den Energiebereich angeht, in Kanada willkommen sind. Neue Vorschriften sollen lediglich kanadisches Eigentum in Bereichen fördern, die heute in unan-

nehmbarer Weise von ausländischen Unternehmen beherrscht werden.

Frage: Bei welchen Energieträgern, bei Kohle, Erdöl oder Erdgas, läßt sich vermutlich mit dem geringsten Kapitaleinsatz die größte Energieausbeute in Kanada erzielen?

Lalonde: Offensichtlich ist das Erdgas die weitaus kapital-effizienteste von allen drei genannten Ressourcen, und zwar sowohl bei der Einbringung der Kosten wie bei der Verwendung als Erdöl-Ersatz.

Frage: Spielen in Ihren Plänen zur Versorgungsautarkie auch umweltfreundliche Energien wie etwa Wasser und Wind eine Rolle?

Lalonde: Ja. Elektrizität aus Wasserkraft spielt weiterhin eine außerordentlich wichtige Rolle bei der gesamtkanadischen Energieerzeugung. Neue Projekte, zu denen die nächsten Stufen des James-Bay-Komplexes gehören, die Entwicklung des Projektes am Lower Churchill-Fluß in Labrador und Vorhaben in Manitoba sind wichtige Bestandteile der Energieversorgung für das Jahr 1990. Gleichzeitig erwartet man, daß andere erneuerbare Energiequellen wie Biomasse (Verwendung von Holzabfällen etwa), Wind- und Sonnenenergie in zunehmendem Maße verwendet werden, besonders in abgelegenen Gegenden. Insgesamt erwartet das Nationale Energieprogramm, daß sich der Anteil der erneuerbaren Energie (ohne Wasserkraft) an der gesamten Primär-Energie bis 1990 verdoppeln wird (von 3 auf 6 Prozent), und zwar vor allem als Ergebnis attraktiver Preisverhältnisse und von Bundes-Zuschüssen, die zu einem weiter steigenden Verbrauch anspornen sollen.

Politisches Konzept bleibt weiterhin, nur die Produktion zu exportieren, die Kanadas vernünftigerweise vorhersehbare Bedürfnisse übersteigt.

Konkurrenz für Europas Computertexte

TELIDON auf dem Prüfstand



Noch ist das eigentliche Rennen nicht eingeläutet, noch ist eine Reihe von Probeläufen zu absolvieren; doch wenn sich die Teilnehmer in die Startlöcher begeben, dann mag es für manchen Beobachter so aussehen, als hätten die einen, die „alten Hasen“, ihre alten Turnschuhe anbehalten, während der Neuling (aus Kanada) im ausgeklügelten, modernsten Rennschuhwerk antritt. Entschieden ist das Rennen allerdings trotzdem noch nicht.

Die Rede ist von den elektronischen Bildschirmsystemen, kurz Videotext genannt, von dem breiten Feld ihrer Anwendungsbereiche und vor allem von einem Markt, dessen Ausmaß sich heute noch gar nicht abschätzen läßt. Und von TELIDON, dem im Regierungsauftrag und mit staatlicher finanzieller Unterstützung entwickelten, supermodernen kanadischen Videotextsystem, das dabei ist, sich gegen eine eindrucksvolle Konkurrenz vor allem aus Europa und Japan erfolgreich durchzusetzen.

In der Bundesrepublik hat sich TELIDON gerade in diesen Wochen ausführlich präsentiert. So beim ersten Welt-Bildschirmkongreß, der Anfang Dezember in Düsseldorf stattgefunden hat. Und im Anschluß daran auf einer Demonstrationsreise, auf der eine Expertengruppe des kanadischen Fernmeldeministeriums mit TELIDON sowohl bei einschlägig befaßten und interessierten Abteilungen der Bundespost und des Wissenschaftsministeriums vorsprach, wie auch bei deutschen Unternehmen, die auf dem Markt der Telekommunikationsindustrie entscheidend mitmischen.

Schon im 5. wissenschaftlich-technischen Konsultativtreffen bundesdeutscher und kanadischer Experten im Mai letzten Jahres in Ottawa hatte es im Abschlußkommuniqué geheißen: „Wir glauben, daß das unter der Bezeichnung TELIDON bekannte kanadische Informationssystem eine Reihe wichtiger Vorteile gegenüber der Konkurrenz aufweist, und wir schlagen dies als Bereich möglicher Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens vor.“

Die Chancen für das Bildschirmsy-

stem aus Kanada stehen gut, auch wenn sich sowohl die Briten mit ihren Videotext-Systemen „Prestel“ und „Ceefax“ sowie die Franzosen mit „Antiope“ der Konkurrenz aus Übersee entgegenstemmen. Denn TELIDON ist – im Gegensatz zur europäischen Konkurrenz – jünger und damit moderner, ein Videotextsystem der „zweiten Generation“.

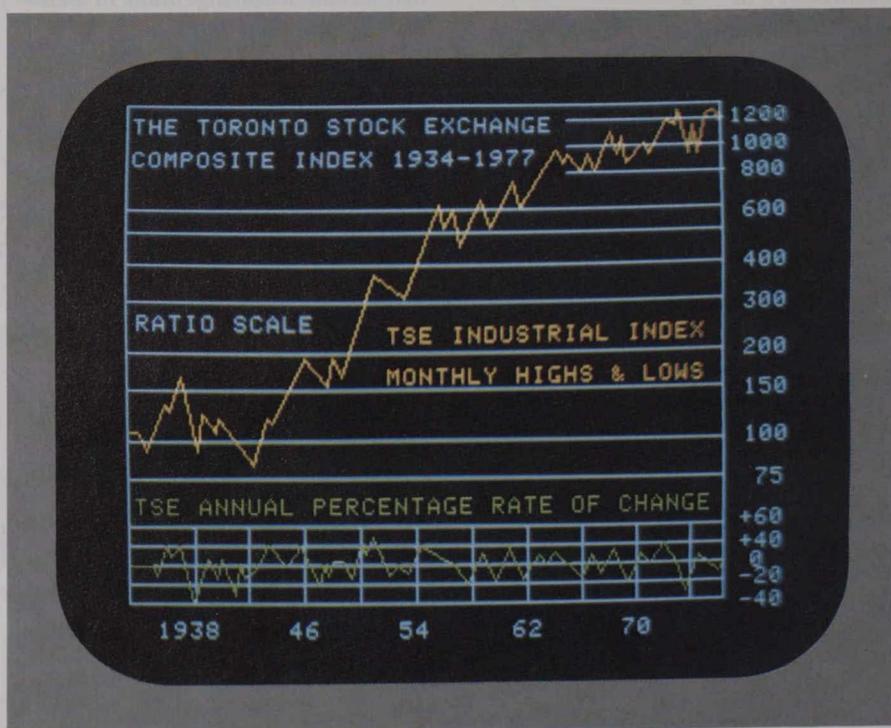
Erste größere Feldversuche, wie sie 1980 in Kanada an mehreren Stellen und mit unterschiedlicher Aufgabengestaltung unternommen worden sind, haben die große technische Flexibilität von TELIDON deutlich werden lassen. Und sie haben gezeigt, daß die elektronische Wiedergabe der Bildschirmtexte und -grafiken bei TELIDON weitaus klarer, farbprägnanter und schneller ist als bei der Zwei-Weg-Fernkommunikation der ersten Generation.

„Wir, die Ingenieure, waren fest entschlossen, den Videotext-Terminal weder vom Kommunikationsmittel noch von der Art des Empfangsapparates abhängig zu machen“, hatte schon vor Jahren, als im Kommunikationsforschungszentrum des kanadischen Fernmeldeministeriums die Entwicklungsarbeiten zu TELIDON be-

gonnen hatten, der Projektmanager Herb Brown betont. Man wollte auf diese Weise der Gefahr entgehen, sich einseitig an einen Gerätepark zu koppeln, der bei dem von der Elektronik-Industrie vorgelegten Innovationstempo nur allzusehr veraltet und technologisch überholt sein würde.

Dieser vorausschauenden Strategie seiner Konstrukteure verdankt TELIDON heute eine Flexibilität, die es praktisch jedem Besitzer eines gewöhnlichen Fernsehers möglich macht – sofern ein Kommunikationsträger (Kabel, Satellit etc.) vorhanden ist, sich mit Hilfe eines Zusatzgerätes – entweder ein Taschenbuch-großes Schaltgerät für den Hausgebrauch oder, bei größeren Unternehmen, eine gewöhnliche Computer-Tastatur – an die TELIDON Datenbank in Ottawa (derzeitiger Umfang: über 100 000 „Seiten“ von Bildschirmgröße an vielfältigen Informationen) anzuschließen und jede gewünschte Information abzurufen, die dann in Sekundenschnelle auf dem eigenen Bildschirm erscheint.

Über TELIDON können auch zwei Partner, die beide an den Informations-



speicher angekoppelt sind, direkt miteinander in Verbindung treten, sich Texte übermitteln oder Grafiken miteinander entwerfen.

Geschäftspartner etwa, die weit voneinander entfernt arbeiten, können sich via **TELIDON** „zusammensetzen“ und sich – jeder jeweils auf seinem Bildschirm – Unterlagen, Grafiken, Zahlen übermitteln, ohne auch nur aus dem Zimmer gehen zu müssen. Ein zweiter entscheidender Vorteil, der **TELIDON** vor den Konkurrenzsystemen auszeichnet, ist die überaus klare Wiedergabe der Textseiten auf dem Bildschirm. Die Kanadier hatten nämlich bei der Entwicklung ihres Systems nicht das in Europa gebräuchliche „Alpha-Mosaik-System“ für die Bildumsetzung übernommen, sondern ein neues System entwickelt, das sie „alpha-geometrisch“ nennen. Beim **TELIDON**-Bild gibt es keine Ecken und Winkel, keine unscharfen Stellen, keine verwischten Farben. Der „alpha-geometrische“ Bildaufbau vollzieht sich zudem weitaus schneller als bei den europäischen Videotext-Systemen, bei denen sich die Wiedergaben Zeile für Zeile aufbauen.

Die kanadische Bundesregierung, die sich die Entwicklung von **TELIDON** allein von 1979 bis 1983 9 Mio. Dollar kosten läßt, möchte ihr Videotextsystem möglichst bald der Telekommunikationsindustrie zur Weiterentwicklung und Nutzung überlassen und lockt zukünftige Interessenten mit dem Versprechen weiterer finanzieller Unterstützung.

Im Januar läuft die bislang umfangreichste Felderprobung von **TELIDON** an, wenn der Telekommunikationsriese Bell Canada eintausend Unternehmen und Haushalte in Toronto und Montréal an **TELIDON** anschließt. Kleinere Erprobungsprogramme haben in diesem Jahr schon das Schulfernsehen der Provinz Ontario sowie die kleine Stadt Headingley in Manitoba unternommen. Die Teilnehmer an all diesen „Probelaufen“ wurden kostenlos mit den nötigen Zusatzgeräten ausgestattet. Für den echten **TELIDON**-Kunden kostet die Ankopplungs-Ausrüstung zur Zeit noch 2000 Dollar (1979: 4000 Dollar). Wer bis zum kommenden Herbst warten

Elemente jedes Videotext-Systems:

1. Eine vom Benutzer entfernt liegende Informationsquelle (Datenbank);
2. Eine fernmeldetechnische Verbindung zu dieser Informationsquelle (Radiowelle, Koaxialkabel, Kupferdraht, Glasfaserstrang oder Satellit)
3. Eine Wiedergabe-Einrichtung für die gewünschte Information (Bildschirm, z.B. eines gewöhnlichen Fernsehapparates);
4. Technische Vorrichtung, den Informationswunsch aus einem breiten Spektrum auszuwählen (Tastatur);
5. Ein breit angelegter Informationsdienst, der nicht einigen wenigen ihn benutzenden Spezialisten vorbehalten ist.

kann, wird nur noch 1000 Dollar bezahlen müssen und bis 1985 wird der **TELIDON**-Kunde nur noch – so hofft man – 200 Dollar für die Anschlußgeräte ausgeben müssen.

Kanadas Elektronik-Industrie, der größte Arbeitgeber des Landes für den technischen und wissenschaftlichen Arbeitsmarkt, erwartet von der Bundesregierung ein noch größeres förderndes Engagement als bisher. So beklagte sich unlängst der Vizepräsident von Northern Telecom Ltd. Charles Millar: „Wir überlassen einen Markt, von dem in den nächsten zehn Jahren eine Ausweitung um das Zehnfache zu erwarten ist, zunehmend der Konkurrenz in Westdeutschland, Japan und den Vereinigten Staaten... Und obwohl zwischen 1968 und 1979 eine Nachfragesteigerung von 245 Prozent zu verzeichnen war, hat sich die Zahl der Beschäftigten in der Elektronikindustrie im gleichen Zeitraum um 16 Prozent (von 76 000 auf 64 000) verringert.“

Die Bundesregierung selbst hat sich schon als **TELIDON**-Kunde etabliert: in Edmonton wurde im November ein erstes Bürger-Informationsbüro auf der Basis von Zwei-Weg-Fernsehkommunikation eingerichtet. Nach und nach sollen solche den Bürgern zugängliche Informationsterminals im ganzen Land eröffnet werden. Erste internationale Großaufträge kann **TELIDON** schon vermelden: sie kommen aus den USA und aus Venezuela.

Weiteren, auch internationalen Zulauf erwartet man von der „Ersten nordamerikanischen Videotext-Konferenz und -Ausstellung“, die vom 20. bis 22. Mai 1981 in Toronto stattfinden wird. Fernmeldeminister Francis Fox hofft, daß „die Ausstellung in Toronto nach der im März in London stattfindenden ‚Viewdata‘ für Geschäftswelt und Behörden eine ausgezeichnete Gelegenheit bietet, die derzeit angebotenen neuen Medien miteinander zu vergleichen“.

Fortsetzung von Seite 4

bundesdeutscher Bankhäuser (Burgardt + Bröckelschen, – Dortmund und Düsseldorf; Bankhaus Nottebohm – Hamburg; sowie Bankhaus Bohl – Freudenstadt) die auch am Bankenplatz Frankfurt vertretene BN Bank aufgebaut, während die Bank of Montreal an der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt und dem alten Hamburger Bankhaus Joh. Berenberg, Gossler + Co beteiligt ist.

Mit dem neuen Bankengesetz hat Kanada wichtige Voraussetzungen für ein noch nahtloser ineinander-greifendes internationales Finanzinstrumentarium geschaffen. Zudem bewirkt das Gesetz eine Belebung des Wettbewerbs unter den Banken in Kanada und dürfte auf diese Weise wertvolle Beiträge zur Weiterentwicklung des innerkanadischen Wirtschaftslebens gewährleisten.

Zu den wichtigsten Elementen des neuen Gesetzes gehören – aus der Sicht ausländischer Banken:

1. Ausländische Banken dürfen kanadische Filialen mit prinzipiell einer Niederlassung gründen. Für weitere Niederlassungen bedarf es ministerieller Genehmigung.
2. Zumindest die Hälfte des Direktorioms des ausländischen Tochterunternehmens muß mit „normalerweise“ in Kanada wohnenden Kanadiern besetzt sein.
3. Ausländische Banken können Vertretungen einrichten, die aber beim Office of Inspector General of Banks registriert werden müssen.
4. Die Gesamtaktiva aller Niederlassungen ausländischer Banken in Kanada dürfen eine Höchstgrenze von acht Prozent der Gesamtaktiva aller rein kanadischen Banken nicht überschreiten.
5. Ausländische Niederlassungen haben kein Recht auf Anteilsbesitz außerhalb des Bankenbereichs.

Eldorado für moderne Schatzsucher

Kein Winterschlaf für Kanadas Arktis



Momentaufnahmen: Als das Bonner Museum König – 1949 Unterzeichnungsort des Grundgesetzes – Ende 1976 eine kanadische Ausstellung über das „Nordpolargebiet und seine Menschen“ eröffnete, lud Kanadas Botschafter in Bonn seine Kollegen aus den übrigen Polar-Anrainer-Staaten zur Teilnahme ein. Sie kamen alle, die Botschafter Dänemarks, Schwedens, Finnlands, Islands, Norwegens und der Sowjetunion sowie der Botschafter-Stellvertreter der USA. Die Szene hatte ähnlichen Symbolgehalt wie das Geschenk, das eine Maschine der kanadischen Luftwaffe im April 1977 über der sowjetischen Eisinsel NP-22 bei ihrer Polumrundung kurz nach Eintritt in den von Kanada beanspruchten Nordpolarkegel abwarf. Das Geschenk: ein simpler Bierkrug mit der Inschrift „Willkommen in Kanada.“ –

Arktis – das sind, im mathematischen Sinne rund 21 180 000 qkm, im geographischen Sinne etwa 28 000 000 qkm. Von der dortigen Landfläche (9,9 Mill. qkm) entfallen auf Kanada mehr als 5 Mio., die UdSSR mehr als 2,2 Mio., auf Grönland 2,1 Mio. qkm. Der Rest gehört den USA (Alaska) und Norwegen (Svalbard). Von Unwirtlichkeit ist da die Rede, von Menschenleere, extremen Tiefst-Temperaturen und – in wachsendem Maße – von ungeheuren Naturschätzen: Erdgas, Öl, Erzen.

Frühe Mythen wußten dort von einem Land ewigen Sonnenscheins, einem nördlichen Paradies zu erzählen, und tatsächlich gibt es auf Grönland weitgehend geschätzte Gebiete mit reichhaltigem Pflanzen- und Tierleben.

Selbst auf den scheinbar so leblosen nördlichen Inseln der kanadischen Arktis, so der Ellesmere Insel, keine tausend Kilometer südlich des Nordpols – gibt es Wachstum, leben Tiere. – Leben schließlich Menschen – Wetterbeobachter, Radar-spezialisten.

Sieht man einmal von der zwingenden Notwendigkeit meteorologischer und militärischer Beobachtungsstationen in dieser „Wetterküche“ der Welt ab, so spielte die Arktis in der öffentlichen Diskussion bisher allenfalls eine untergeordnete Rolle. Das hat sich spätestens seit der intensiven Suche nach neuen Energiequellen gründlich geändert. 1969 und 1970 unternahm der amerikanische Öltanker „Manhattan“, stets eskortiert vom kanadischen Eisbrecher „Sir John A. Macdonald“, Erkundungskreuzfahrten durch die kanadische Arktis, um die Möglichkeiten des Abtransports der vermuteten Energieschätze zu erproben. Seither wissen wir mehr: Ende 1978 ging Kanadas National Energy Board

(Nationale Energie-Behörde) von sicheren Erdgasvorkommen in einer Größenordnung von 400 Brd. m³ im Deltagebiet des Mackenzie-Stroms, der Beaufort See und den arktischen Inseln aus. Erweisen sich die Schätzungen der kanadischen Dome Petroleum Ltd., die in der Beaufort-See bereits seit längerer Zeit aktiv auf Energie-Suche ist, als richtig, dann lassen sich dort und im Bereich der arktischen Inseln sogar 17,4 Trilo. m³ Erdgas holen.

Fragen des Wie und Wann, lange diskutiert, stehen jetzt zur Entscheidung an. Ende Juni 1980 erzielten die Betreiber des sogenannten Arctic Pilot Project – eines Konsortiums unter Führung der staatlichen Kanadischen Petro-Canada-Gesellschaft ein prinzipielles Übereinkommen mit U.S.-Abnehmern im Werte von vier Milliarden Dollar. Danach würde Kanada ab 1983 täglich 6,3 Mio. m³ Erdgas aus westlichen Feldern und 12,6 Mio. m³ ab 1985 in die USA – zusätzlich zu bereits vertraglich vereinbarten Mengen – pumpen, während eine ebenso große Menge aus der Arktis – dem Drake Point Fördergebiet vor der Melville-Insel – in Flüssiggasform nach Ostkanada zu verbringen wäre.

Bisher hat Kanada bereits rund 400 Millionen Dollar in die arktische Energiesuche gesteckt. Das Juni-Abkommen, ein Ereignis von – wie Industriesprecher meinen – „historischer Bedeutung“, bietet aber auch weitergehende Perspektiven an. So legt der Petro-Canada-Aufsichtsratsvorsitzende Wilbert Hopper Wert auf die Feststellung, daß die Entfernungen zwischen der kanadischen Hocharktis und der nordamerikanischen Ostküste einerseits und nach West-Europa andererseits „etwa gleich groß sind“.

Möglicherweise bieten sich auf diesem Gebiet durchaus Kooperationsmöglichkeiten. So zeigen sich bereits Ansätze einer Zusammenarbeit im Schiffsbaubereich mit einer finni-

Kanada-Tourismus, winterlich



Als Eldorado jedweder Art von **Wintersport**, vom beschaulichen Langlauf bis zum rasanten Abfahrtslauf auf wenig bevölkerten Loipen und Pisten, ohne Liftdrängeleien, will sich Kanada auch den Europäern andienen. Alles über kanadische Schneeferien in dieser Saison kann man beim Kanadischen Fremdenverkehrsamt, Biebergasse 6–10, 6000 Frankfurt am Main 1 erfahren (Brochure).

Spezielle **Informationen** über Ferien in der Provinz Ontario hält das Fremdenverkehrsamt Ontario, Bockenheimer Landstr. 51–53, 6000 Frankfurt bereit (neue Publikation).

Auf **Winterbetrieb** haben sich einige der beliebten Ferien ranches in Alberta eingestellt. Sie bieten passionierten Langläufern ein gepflegtes, ausgedehntes Netz von Loipen.



schen Werft, und seit dem vergangenen Sommer gehören zwei holländische Saugbagger zum Instrumentarium der Erdgassuche im Mackenzie-Delta.

In dieser Dekade – soviel ist sicher – kommt der kanadischen Arktis endlich jener wirtschaftliche, soziale und kulturelle, aber auch politische Stellenwert zu, von dem Arktisforscher so lange träumten, und den der verstorbene frühere Premierminister John Diefenbaker schon vor zwanzig Jahren forderte.

Noch bedarf diese einmalige Süd-Nord-Frage der eingehenden Diskussion, nicht nur innerhalb Kanadas, sondern wohl auch im internationalen Rahmen. Ansätze sind bereits vorhanden. Mit Unterstützung kanadischer Regierungsstellen bemühen sich die Ureinwohner – Indianer und Inuit – um Zusammenschlüsse, um die Bildung von Interessengemeinschaften. Hier werden Verbindungen besonders der Inuit (Eskimos) über den nordamerikanischen Rahmen hinaus nach Grönland und zu den in

der Sowjetunion lebenden Yuit gesucht.

Daß sich die technisch-wissenschaftliche Kooperation anbietet, versteht sich von selbst.

Auch macht man sich in Kanada – in Ottawa, wie anderswo – Gedanken über eine engere Zusammenarbeit zumal mit den skandinavischen Ländern. Ein Quebecker Politologe, Luc-Normand Tellier, hat sogar die Idee einer „nordischen“ Konföderation zur Diskussion gestellt.

Seit 100 Jahren – genau seit dem 1. September 1880 – verfügt Kanada über arktische Souveränitätsrechte, noch jedoch sind die Hoheitsrechte in diesem Riesengebiet nicht festgeschrieben.

So bedarf der Status der Nordwest-Passage einer völkerrechtlich verbindlichen Klärung. Dieser Frage kommt mit der Erschließung der Energiequellen aktuelle Bedeutung bei. Die kanadische Regierung räumt der internationalen Schifffahrt das Recht freier Durchfahrt ein, allerdings nur, solange kanadische Schiffsbau-

und Verhaltensmaßregeln zur Anwendung kommen. Immerhin würde sich eine Öltankerkatastrophe in arktischen Gewässern weit verheerender auswirken als irgendwo sonst auf der Welt. Fachleute haben beispielsweise ermittelt, daß ein Kariburudel im hohen Norden der Arktis nicht weniger als 2331 Quadratkilometer Weideland benötigt. Hier ist das Ökosystem fragiler als irgendwo diesseits von Wüstengebieten und der Arktis.

Gleichwohl hat Premierminister Pierre Trudeau Kanadas Diskussionsbereitschaft unterstrichen. „Würden wir die arktischen Gewässer abschotten, wäre dies genauso sinnlos, wie wenn wir vor den Häfen von Halifax oder Vancouver Barrieren errichteten.“

Die kanadische Auffassung, daß es sich angesichts der besonderen Umweltbedingungen in der Arktis um ein Sonderproblem handelt, beginnt sich denn auch international durchzusetzen.

Harmonien aus Kanada

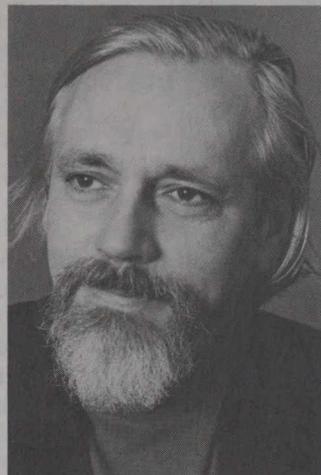
Am „Tag der Vereinten Nationen“ sorgten kanadische Musiker in New York für ungetrübte Harmonie im UN-Gebäude, einem Ort, der ansonsten eher durch schrille Dissonanzen von sich reden macht. Aus Ottawa war das Orchester des National Arts Centre angereist, um unter Leitung von **Mario Bernardi** –



in Anwesenheit von VN-General-Sekretär **Kurt Waldheim** und Kanadas Premierminister **Pierre Trudeau** – ein Gala-Konzert zu geben. „Wir mußten Schwerarbeit leisten, denn der Saal, in dem für gewöhnlich die Vollversammlung tagt, ist nicht dafür gebaut, daß alle Akteure gleichzeitig zusammen zu hören sind“, seufzte der Maestro nach dem mit viel Beifall bedachten Konzert. Um so zufriedener war Bernardi mit einer sich anschließenden Aufführung von Glucks „Orpheus und Eurydike“ in der berühmten New Yorker Carnegie Hall, für die das NACO mit rauschendem Beifall bedacht wurde. Unterdessen hat sich in Ottawa ein Künstler-Ausschuß zusammengefunden, der nach einem Nachfolger für den „Vater“ des weltberühmten Orchesters aus Ottawa sucht. Bernardi, der das NACO 1969 aufgebaut und seither überaus erfolgreich mit ihm gearbeitet hat, wird seinen 1982 ablaufenden Vertrag nicht mehr verlängern.

Apropos Literatur

München und Berlin, Kiel, Köln und Bonn waren Stationen einer Informationsreise, die **Henry Beissel**, einer der bedeutendsten kanadischen Lyriker, im November in der Bundesrepublik unternahm. Beissel, der Präsident der von ihm vor kurzem gegründeten „League of Canadian Poets“, einer Dachorganisation der verschiedenen kanadischen Schriftstellerverbände ist, war von der Bundesregierung zu dieser Deutschlandreise eingeladen worden. Zu seinen Gesprächspartnern gehörten vor allem Kollegen vom Deutschen Schriftstellerverband (so u. a. H. M. Enzensberger und Carl Amery).



Wichtigstes Thema: Die literarischen deutsch-kanadischen Beziehungen und Möglichkeiten ihrer Intensivierung.

Weltrekord-Flitzer

Zwei neue Weltrekorde an einem Tag konnte der 24 Jahre alte Amateur – Radsportler **Gordon Singleton** aus Niagara Falls, Ont. aufstellen. Über 500 Meter bei fliegendem Start kam Singleton auf 27,31 Sekunden (alter Rekord 27.85 sec.). Kurze Zeit darauf stieg der Rekordflitzer noch einmal auf seine Rennmaschine und verbesserte den Weltrekord über 200 Meter bei flie-

gendem Start (bisher 10.61 sec.) auf 10.58 sec.

„Emmy“ für Kanada

Für seinen Fernsehbeitrag „Fighting back“ – „Zurückschlagen“ – hat der 32jährige kanadische Regisseur **John Kastner** den begehrten „Emmy“-Preis erhalten, eine internationale Auszeichnung, die vom Internationalen Rat der Nationalen Fernseh-

Begegnungen mit Kanada

- | | |
|---|---|
| Trier bis 21. Januar | Foto-Ausstellung: „Panorama Kanada“, Universitätsbibliothek |
| Schleswig 9. bis 31. Januar | Ausstellung: „People of the Cedar“, Städtisches Museum |
| Detmold 15. Januar bis 15. Februar | Ausstellung: „Geometrische Abstraktionen“, Lippischer Kunstverein |
| ARD-Fernseh-Programm: sonntags 14.30 Uhr ab 4. Januar | „„Matt und Jenny“ – Abenteuer in Kanada 1850“ Kinderprogramm |

akademie der USA jährlich in vier Kategorien verliehen wird. Kastner hatte seine mit beißendem Spott durchsetzte Geschichte von vier an Leukämie erkrankten und um ihr Leben kämpfenden Kindern für den CBC produziert. Sein Landsmann **Jean-Yves Landry** wurde ebenfalls mit einem „Emmy“-Preis ausgezeichnet. Sein Video-Musical „Der Feuervogel“ kam bei den darstellenden Künsten auf Platz eins.

auftaucht, eine mächtige Drängerei aus: jeder möchte ihr, in einer für nostalgische Werte empfänglichen Zeit, möglichst nahe kommen und sie fotografieren.

Die 141 R 1244, die noch heute gelegentlich in der Schweiz zu Ausflugsfahrten eingesetzt wird, gehört zur Serie der „Libération“-Lokomotiven, die nach dem zweiten Weltkrieg aus den USA und Kanada nach Frankreich geliefert wurden, um den akuten Mangel an Zugmaschinen zu beheben. Die rüstige Kanadierin, deren außerordentliche Robustheit sie jahrzehntelang besonders zum Einsatz im Personenverkehr auf schwierigen Gebirgsstrecken prädestinierte, ging in Frankreich letztmals am 21. Oktober 1973 auf die Reise. Später übernahm sie die Schweizer Bundesbahn, die ihren Star zu touristischen Zwecken im „Mikado-Expreß“, der mehrmals im Jahr zwischen Winterthur und Mülhausen verkehrt, einsetzt.

Der Star heißt 141 R 1244

Sie wiegt 106,3 Tonnen und hält trotzdem ohne Mühe eine Höchstgeschwindigkeit von 100 km/h über längere Distanzen ein. Ihre Heimat ist Montréal, doch seit Kriegsende steht sie in Diensten europäischer Eisenbahngesellschaften. Die Rede ist von einer Lokomotive, einer Dampfroß-Veteranin, der **141 R 1244**. Noch heute löst sie unter den Fans, wo immer sie

